



Mittendrin statt nur dabei?

Repräsentation und Partizipation von Frauen in Europa

Ergebnisse einer vergleichenden, repräsentativen Umfrage
in Deutschland, Italien, Kroatien, Polen und Schweden

Dominik Hirndorf

Mittendrin statt nur dabei?

Repräsentation und Partizipation von Frauen in Europa

**Ergebnisse einer vergleichenden, repräsentativen Umfrage
in Deutschland, Italien, Kroatien, Polen und Schweden**

Dominik Hirndorf

Impressum

Herausgeberin:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2023, Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Umschlagfoto: © Timon Studler/unsplash

Flaggen: Tendofyan, stock.adobe.com

Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR

Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

ISBN 978-3-98574-125-0

Auf einen Blick

- › In allen ausgewählten Ländern wird die Diskriminierung von Frauen als großes oder sehr großes Problem wahrgenommen. Frauen nehmen das Ausmaß des Problems – außer in Deutschland – größer wahr als Männer. Dies zeigt vor allem die hohe Sensibilität der Befragten bei diesem Thema.
- › Frauen, insbesondere junge Frauen, erleben Benachteiligungen aufgrund ihres Geschlechts. Männliche Gewalt gegenüber Frauen wird immer noch als weit verbreitet empfunden.
- › Emanzipationsskeptische Aussagen finden nur vereinzelt stärkeren Zuspruch, wenngleich sich genderbasierte Vorurteile und alte Rollenbilder partiell halten.
- › Frauen werden wichtige gesellschaftliche Positionen ebenso zugetraut wie Männern. Beide Geschlechter sind ähnlich erfolgsorientiert, junge Frauen sogar durchschnittlich stärker als jüngere Männer.
- › Politische Maßnahmen zum Erreichen der Geschlechtergerechtigkeit werden stark befürwortet und eine Mehrheit ist überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit die wirtschaftliche Entwicklung fördert.
- › Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation finden sich nicht. Unterschiede zwischen Männern und Frauen zeigen sich im eigenen politischen Zutrauen zur Beteiligung an Politik und im politischen Interesse.

Die wichtigsten Ergebnisse für die fünf Länder der Studie im Überblick:

Deutschland

In Deutschland zeigen sich bei der Betrachtung des Themas Parität insgesamt die geringsten Geschlechterunterschiede. Sowohl bei der Problemwahrnehmung als auch bei Einstellungen oder der Befürwortung von Maßnahmen haben Männer und Frauen in Deutschland sehr ähnliche Einschätzungen. Rund die Hälfte sehen die Diskriminierung von Frauen in Deutschland als (sehr) großes Problem. Jüngere Altersgruppen nehmen dies stärker wahr als ältere. In der Gruppe der 18- bis 35-Jährigen gibt zudem jede zweite Frau an, aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert zu werden. Jede fünfte Frau gibt an, bei einem Job oder einer Beförderung diskriminiert worden zu sein.

Dennoch werden die Chancen von Frauen auf eine einflussreiche Karriere im Vergleich in Deutschland weniger negativ eingeschätzt. Auch die Wahrnehmung häufiger männlicher Gewalt gegenüber Frauen fällt in Deutschland am geringsten aus. Genderbasierte Vorurteile finden keine mehrheitliche Zustimmung und emanzipations-

skeptische Einstellungen sind weniger verbreitet (jede/r Siebte) als in anderen Ländern. Eine selbsteingestufte Nähe zum Feminismus¹ hat allerdings nur etwa ein Viertel aller Befragten.

Immer wieder stechen junge Menschen, insbesondere junge Frauen, in den Ergebnissen heraus. Sie zeigen eine ausgeprägtere Nähe zu Werten von Erfolgsstreben und Macht im Vergleich zu Männern und sind politisch stark interessiert. Spannend ist zudem der Blick auf Verteilungen nach Ost- und Westdeutschland oder auf den Einfluss von Religion. Diese und weitere Analysen erfolgen in einer separaten, deutschlandspezifischen Publikation.

Italien

Die Benachteiligung von Frauen wird in Italien im Vergleich zu allen anderen Ländern am stärksten wahrgenommen. 86 Prozent der italienischen Bevölkerung sind der Meinung, dass die Diskriminierung von Frauen in Italien ein (sehr) großes Problem ist. Im Einklang mit dieser Einschätzung glaubt eine Mehrheit an geringere Chancen von Frauen auf eine einflussreiche politische Karriere und 68 Prozent denken, dass Frauen häufig männlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Jede zweite junge Italienerin ist erfolgsorientiert. Gleichzeitig gibt mehr als die Hälfte der 18- bis 35-jährigen Frauen an, gelegentlich oder öfter aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt zu werden. Dazu passt, dass die Zustimmung zu politischen Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit in Italien besonders hoch ausfällt. 95 Prozent unterstützen ein Pflichtangebot für einen Kindergartenplatz, 90 Prozent eine Verlängerung der Elternzeit, wenn beide Elternteile in Elternzeit gehen und 82 Prozent befürworten eine Frauenquote in Aufsichtsräten. Damit liegt die Zustimmung bei allen drei Maßnahmen im Ländervergleich in Italien am höchsten, insbesondere bei der Frauenquote. Im Vergleich der fünf Länder besitzt Italien die geringste Erwerbsquote bei Frauen. Die Ergebnisse deuten in der Summe eher auf eine Unzufriedenheit mit diesem Zustand hin. Tatsächlich gibt mehr als jede vierte Italienerin an, (sehr) unzufrieden mit ihrer beruflichen Situation zu sein. Ein Spitzenwert im Vergleich.

Der italienischen Bevölkerung liegt das Thema Parität am Herzen. Das Problem der Geschlechterbenachteiligung wird als besonders stark wahrgenommen und die Emanzipationsskepsis ist gering. Der Wunsch nach politischen und wirtschaftlichen Veränderungen scheint mit Blick auf die Ergebnisse groß, wohl auch um weitere Schritte in Richtung Parität von Frauen in Politik und Gesellschaft zu gehen.

Kroatien

In Kroatien wird die Diskriminierung von Frauen als großes Problem wahrgenommen (62 Prozent). Das ist der zweithöchste Wert in der Umfrage nach Italien. Vor allem jüngere Frauen sehen dieses Problem. Jede zweite Kroatin gibt an, regelmäßig Benachteiligungen gegenüber Männern zu erleben. Der größte Anteil findet sich mit 58 Prozent in der Altersgruppe der Frauen zwischen 36 und 49 Jahren. Knapp drei Viertel aller Befragten in Kroatien sind der Meinung, dass Frauen in der Partnerschaft häufig finanziell abhängig

sind. Das kann eine mögliche Folge der niedrigen Erwerbsquote von Frauen in Kroatien (68 Prozent) sein. Da auch der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vergleichsweise gering ausgebaut ist, überraschen die hohen Zustimmungsraten zu einem verpflichtenden Angebot für einen Kindergartenplatz nicht (95 Prozent – Spitzenwert).

Zwar ist die Zustimmung zu weiteren politischen Maßnahmen wie Elternzeitverlängerung oder Frauenquote im Aufsichtsrat ebenfalls hoch, allerdings herrscht eine große Skepsis, ob die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit nicht mehr Probleme schafft als sie löst (59 Prozent Zustimmung). Insgesamt weist jede/r Vierte in Kroatien emanzipationsskeptische Einstellungsmuster auf – im Ländervergleich deutlich der höchste Wert. Die Zustimmung zu genderbasierten Vorurteilen ist in Kroatien am höchsten. Feministische Einstellungen finden sich in Kroatien am seltensten. Die kroatische Bevölkerung ist allerdings überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit die wirtschaftliche Entwicklung fördert (64 Prozent – zweithöchster Wert).

Mehr als jede/r Zweite zeigt kaum politisches Interesse und eine große Mehrheit schätzt die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme als gering ein. Viele Kroatinnen und Kroaten haben geringes Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten sowie geringes Vertrauen in Parlament, Regierung und Justiz.

Geschlechtergerechtigkeit ist in Kroatien ein kontroverseres Thema als in anderen Ländern. Einerseits wird die Benachteiligung von Frauen als großes Problem wahrgenommen, die Abhängigkeit in der Partnerschaft ist hoch und der Wunsch nach politischen Veränderungen groß. Andererseits bestehen genderbasierte Vorurteile weiter und emanzipationsskeptische Einstellungen sind verbreitet. Weitere Schritte in Richtung Parität werden nicht nur strukturelle, sondern auch kulturelle Hindernisse überwinden müssen.

Polen

Die polnische Gesellschaft zeichnet ein differenziertes Bild zum Thema Parität von Frauen in Gesellschaft und Politik. Eine Mehrheit nimmt die Diskriminierung von Frauen als großes Problem wahr. Jedoch findet sich diese Mehrheit bei genauerem Hinsehen nur bei Frauen, nicht unter Männern. Immer wieder zeigen sich starke Geschlechterunterschiede zwischen Männern und Frauen – die größten im Vergleich zu den übrigen Ländern der Umfrage. So gibt es auch große Wahrnehmungsunterschiede bei der Häufigkeit von Gewalt gegen Frauen oder bei der Frage, ob Frauen ihren „gerechten Anteil“ erhalten. Das gleiche Muster zeigt sich bei der Zustimmung zu politischen Maßnahmen. Die Zustimmung zur Förderung einer geteilten Elternzeit fällt bei Polinnen um 9 Prozentpunkte, die Zustimmung zu einer Frauenquote in Aufsichtsräten sogar um 24 Prozentpunkte höher aus als bei den Polen.

Alte Rollenbilder und genderbasierte Vorurteile finden sich in Polen vergleichsweise häufig. Jede/r Sechste weist zudem emanzipationsskeptische Einstellungen auf. Jeder zweite Pole ist der Meinung, dass Frauen für die Kinderbetreuung geeigneter sind – Polinnen sehen das weniger eindeutig so. Auch Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit stehen Polen weitaus kritischer gegenüber als Polinnen. Allerdings stimmen Letztere genderbasierten Vorurteilen – wie Familie und Heim ist Frauen

wichtiger – stärker zu. Sie identifizieren sich auch weniger stark mit Werten wie Erfolgsstreben und Macht.

Das Fazit fällt somit gemischt aus. Die Polinnen scheinen im Durchschnitt aufgrund ihrer Betroffenheit stärker für das Thema sensibilisiert als Männer. Bereits die Problemwahrnehmung der Diskriminierung von Frauen in Polen ist zwischen den Geschlechtern unterschiedlich. Die Umsetzung von weiteren politischen Maßnahmen zur Förderung der Gleichberechtigung, die von Frauen stark unterstützt werden, könnte für die Polinnen ein nächster Schritt sein. Weiterhin wird die Diskussion um moderne Rollenbilder angesichts vielfältiger Differenzen sowohl für größere Teile der Polinnen als auch der Polen herausfordernd.

Schweden

Schweden unterscheidet sich in dieser Studie in vielen Bereichen deutlich von den übrigen Ländern, die Sensibilität für das Thema Parität ist besonders ausgeprägt. So sieht die schwedische Bevölkerung keine Unterschiede bei der beruflichen Eignung von Frauen und Männern und jede/r Vierte hat eine Nähe zu feministischen Werten. Diese Sensibilität spiegelt sich mit hohen Werten auch in der Problemwahrnehmung wider. Mehr als die Hälfte der Schwedinnen und Schweden schätzt die Diskriminierung von Frauen im eigenen Land als (sehr) großes Problem ein. Jüngere Altersgruppen nehmen dies noch stärker wahr. Die Hälfte der Frauen unter 35 Jahren gibt an, gelegentlich oder öfter aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt zu werden. Fast zwei Drittel der Bevölkerung denkt, dass Frauen in Schweden häufig männlicher Gewalt ausgesetzt sind.

Genderbasierte Vorurteile, Emanzipationsskepsis oder eine Befürwortung alter Rollenbilder finden sich kaum, ebenso wenig wie größere oder systematische Unterschiede zwischen Männern und Frauen beim Thema insgesamt. Fast jeder dritte Schwede und jede zweite Schwedin haben eine Nähe zum Feminismus.

Angesichts einer hohen Frauenerwerbsquote, einem hohen Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament sowie einem gut ausgebauten Betreuungs- und Elternzeitmodell darf Schweden im Vergleich als Vorreiter gelten. Die Erfolge dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch Schweden eine Parität von Frauen in Politik und Gesellschaft trotz guter Rahmenbedingungen noch nicht erreicht hat. Die Problemwahrnehmungen deuten darauf hin, dass weiterer Handlungsbedarf besteht.

Die Studie

Im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung hat IPSOS zwischen dem 3. November 2021 und 22. März 2022 jeweils rund 2.000 Menschen in Deutschland, Italien, Schweden, Polen und Kroatien telefonisch befragt (Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.). Die Befragung fand im sogenannten Dual-Frame-Modus statt, bei dem die Interviews per Festnetz und Mobilfunk durchgeführt werden.² So wurden auch Zielpersonen erreicht, die nur über einen Festnetz- oder Mobilfunkanschluss verfügen.

Die Stichprobe wurde nach dem sogenannten Random-Digit-Dialing-Verfahren (RDD) per Zufallsprinzip gezogen.³ Dieses Verfahren greift stets auf vorhandene Dateien zurück, die entweder existierende Rufnummernstämme oder existierende Vorwahlbereiche enthalten. Diese werden dann zu Blöcken zusammengefasst, innerhalb derer die letzten Ziffern zufällig generiert werden. Damit gewährleistet das RDD-Verfahren, dass sowohl Haushalte mit als auch ohne Eintrag in ein öffentliches Telefonverzeichnis in der Stichprobenziehung berücksichtigt werden. Eine gezogene Telefonnummer wurde bei Nichterreichen mehrfach zu verschiedenen Tageszeiten und Wochentagen kontaktiert, um auch schwer erreichbare Personen in der Befragung zu berücksichtigen.

Die Daten der Umfrage wurden nach sozialstrukturellen Merkmalen gewichtet. Die Analyse erfolgt ausschließlich mit den gewichteten Daten. Die Umfrage ist in allen fünf Ländern repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung auf nationalstaatlicher Ebene ab 18 Jahren. Da diese Studie häufig Vergleiche zwischen Frauen und Männern zieht, wurden die Befragten in dieser Studie aktiv nach ihrem Geschlecht gefragt. So werden nur Frauen und Männer berücksichtigt, die sich auch als männlich oder weiblich identifizieren. Von 10.009 Befragten ordneten sich zwölf Personen der Gruppe „nicht-binär“ zu. Eine weitere Person wollte ihr Geschlecht nicht angeben. In den Auswertungen nach Geschlecht können diese Personen als Gruppe aufgrund ihrer zu geringen Fallzahlen nicht berücksichtigt werden.

-
- 1 In der Studie wurde gefragt, wie ähnlich man einer Person ist, die sich als Feminist/Feministin bezeichnet. Diese selbsteingestufte Nähe wird im Verlauf der Studie als Nähe zum Feminismus bzw. zu feministischen Werten definiert.
 - 2 Der Anteil der Interviews per Festnetz betrug für Deutschland 48 Prozent, für Italien 34 Prozent, für Kroatien 51 Prozent, für Polen 11 Prozent und für Schweden 9 Prozent. Die restlichen Anteile der Interviews wurden per Mobilfunk durchgeführt. Die Differenzen zwischen den Ländern bei den gewählten Anteilen basieren auf unterschiedlichen Verteilungen von „Landline Onlys“ (nur Festnetzanschluss), „Mobile Onlys“ (nur Mobilanschluss) und „Dual-Users“ (nutzen beide Anschlüsse) in den Bevölkerungen der fünf ausgewählten Länder.
 - 3 Konträr zu den anderen Befragungsländern erfolgte die Stichprobenziehung für Schweden nicht über das RDD-Verfahren. Stattdessen stammte die Stichprobe aus verschiedenen Quellen wie dem offiziellen Melderegister (Statens personadressregister SPAR), öffentlichen Telefonverzeichnissen sowie Regierungsorganisationen. Auf dieser Basis wurde eine Stichprobe von Telefonnummern geschichtet nach Region, Alter und Geschlecht gezogen. In Fällen, in denen die Zielperson sowohl über einen Festnetz- als auch über einen Mobilfunkanschluss verfügte, erfolgte die Kontaktaufnahme – wenn nötig – auf beiden Wegen, um die Ausschöpfung und Repräsentativität der Stichprobe zu erhöhen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	10
2. Benachteiligung und Diskriminierung	11
3. Wahrnehmungen zum Stand der Gleichberechtigung	14
4. Wahrnehmung der Geschlechter	18
4.1 Berufliche Eignungen und Rollenklischees.....	18
4.2 Genderbasierte Vorurteile.....	20
5. Politische Maßnahmen zum Erreichen der Geschlechtergerechtigkeit	22
5.1 Politische Maßnahmen: Kindergartenplatz für 3- bis 6-jährige.....	22
5.2 Verlängerung der Elternzeit bei Inanspruchnahme durch beide Eltern.....	24
5.3 Frauenquote in Aufsichtsräten.....	25
6. Einstellungen zu Geschlechtergerechtigkeit	27
7. Emanzipationsskepsis	34
8. Lebensbereiche im Vergleich	37

9. Werteinstellungen	40
9.1 Selbstoptimierung.....	40
9.2 Feminismus.....	44
9.3 Wichtigkeit des eigenen Äußeren.....	46
9.4 Gesellschaft mitgestalten.....	47
10. Politisches Verhalten	48
10.1 Politische Partizipation.....	48
10.2 Politisches Interesse.....	53
10.3 Politische Wirksamkeit.....	55
10.4 Politisches Vertrauen.....	56
10.5 Frauen in die Politik – nur wie?.....	58
11. Fazit: Parität von Frauen in Gesellschaft und Politik	60
Literatur	61
Der Autor	65



Einleitung

Die Rolle der Frau bleibt auch im 21. Jahrhundert ein vieldiskutiertes gesellschafts-politisches Thema in Europa, denn der Weg von der rechtlichen Gleichstellung zu gesellschaftlicher Parität ist weit. So zeigt beispielsweise der *Gender Equality Index*, dass immer noch Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern bestehen. Der Index vergleicht regelmäßig Frauen und Männer in den Bereichen Arbeit, Wissen, Gesundheit, Macht, Geld und Zeiteinsatz. Analysiert werden hier messbare Daten wie das durchschnittliche Einkommen, Beschäftigungsquoten, Bildungsraten oder der Anteil von Frauen in Parlamenten. Der jeweilige Wert im *Gender Equality Index* gibt letztlich an, wie groß die Unterschiede zwischen den Geschlechtern in den einzelnen Bereichen sind. Ein hoher Wert signalisiert geringere Differenzen. Schweden führt den *Gender Equality Index* von allen Ländern in der EU mit rund 84 Punkten deutlich an (EU-Durchschnitt 69). Während Deutschland exakt im Durchschnitt rangiert, liegen Italien (65), Kroatien (61) und Polen (58) knapp bis deutlich unter dem Durchschnitt (European Institute for Gender Equality 2022a).

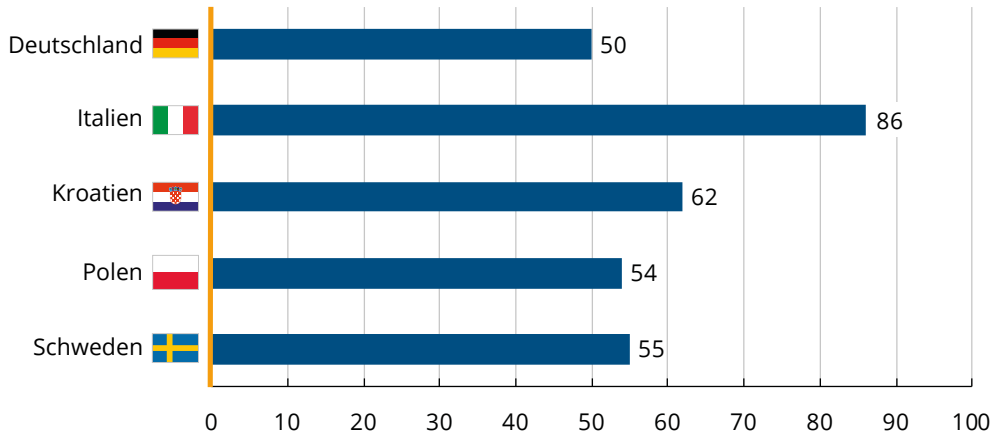
Wie und ob diese messbaren Unterschiede auch in der Bevölkerung wahrgenommen werden, bleibt jedoch offen. Auch mögliche Begründungen, Einstellungen oder vorherrschende Stereotype werden nicht erfasst. Dabei spielen diese für die Suche nach fördernden Maßnahmen eine entscheidende Rolle. Die Konrad-Adenauer-Stiftung widmet sich diesen Fragen in europäisch vergleichender Perspektive. Mithilfe einer repräsentativen Studie wurden Einstellungen zur Parität und Partizipation von Frauen in Gesellschaft und Politik in fünf Ländern erhoben. Die Auswahl der Länder Deutschland, Italien, Polen, Kroatien und Schweden deckt die EU dabei sowohl geografisch als auch entlang gesellschaftspolitischer sowie thematischer Unterschiede ab. So unterscheiden sich die Länder nicht nur bei den Werten des *Gender Equality Index*, sondern auch in Wirtschaftskraft, Arbeitsmarktsituation, Religiosität oder ehemaliger Ost-West-Trennung. Die Ergebnisse der Umfrage zeigen den Blickwinkel von verschiedenen nationalstaatlichen Bevölkerungen auf das Thema Parität und ermöglichen somit Einordnungen, Vergleiche und Schlussfolgerungen zur Stärkung der Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft.



Benachteiligung und Diskriminierung

In allen ausgewählten Ländern wird die Diskriminierung von Frauen als großes oder sehr großes Problem wahrgenommen. Auf die Frage, wie groß das Ausmaß des Problems der Diskriminierung von Frauen – konkretisiert als Benachteiligung – im jeweiligen Land ist, geben die Befragten mehrheitlich die Kategorien „sehr groß“ und „groß“ an. Das gibt nicht nur einen Hinweis auf die wahrgenommene Verbreitung gesellschaftlicher Benachteiligungen von Frauen, sondern auch auf die Wichtigkeit des Themas für die Menschen. In Italien geben sogar 86 Prozent der Befragten an, dass die Diskriminierung von Frauen im Land ein (sehr) großes Problem ist. Mit größerem Abstand folgen Kroatien (62 Prozent), Schweden (55 Prozent), Polen (54 Prozent) und Deutschland (50 Prozent).

Abbildung 1: Eingeschätztes Ausmaß des Problems der Diskriminierung von Frauen im eigenen Land
Hier: sehr großes/großes Problem



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die zusammengefassten Werte „ein sehr großes Problem“ und „ein großes Problem“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ein kleines Problem“, „gar kein Problem“, „weiß nicht/keine Angabe“.

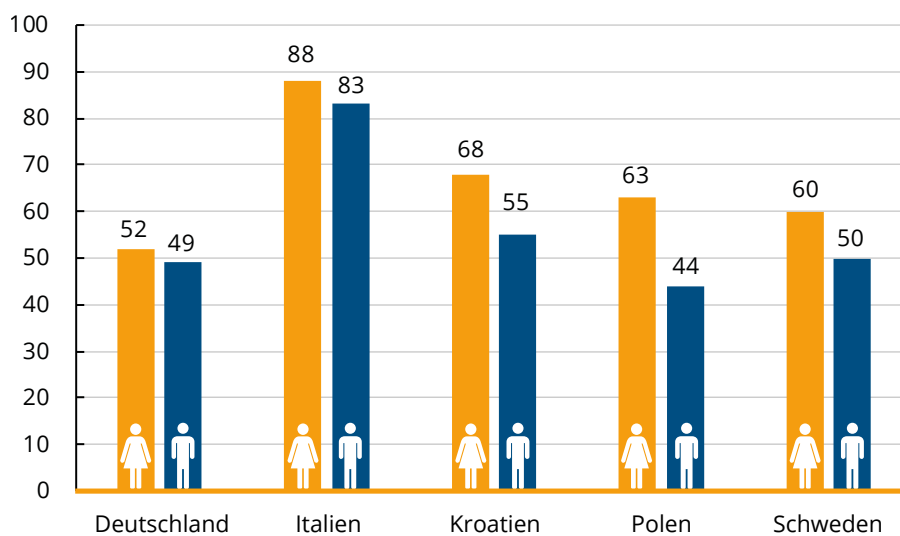
Frage: „Ist Ihrer Meinung nach die Diskriminierung, also Benachteiligung, von Frauen in der [...] Gesellschaft ein sehr großes Problem, ein großes Problem, ein kleines Problem oder gar kein Problem?“

Frauen schätzen das Ausmaß in allen Ländern – außer in Deutschland – größer ein als Männer. Der Geschlechterunterschied für den Anteil derer, die Frauendiskriminierung als großes oder sehr großes Problem sehen, beträgt zwischen 5 Prozentpunkten (Italien) und 19 Prozentpunkten (Polen). Der leichte Unterschied in Deutschland (3 Prozentpunkte) ist nicht signifikant.

In Deutschland und Schweden nehmen jüngere Altersgruppen beider Geschlechter das Problem stärker wahr als ältere Menschen. In Kroatien und Polen sehen vor allem jüngere Frauen ein großes/sehr großes Problem. Bei den Männern haben dagegen in diesen Ländern die älteren Altersgruppen eine größere Problemwahrnehmung als die jüngeren.

Abbildung 2: Geschlechterunterschiede: Einschätztes Ausmaß des Problems der Diskriminierung von Frauen im eigenen Land

Hier: sehr großes/großes Problem



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die zusammengefassten Werte „ein sehr großes Problem“ und „ein großes Problem“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ein kleines Problem“, „gar kein Problem“, „weiß nicht/keine Angabe“.

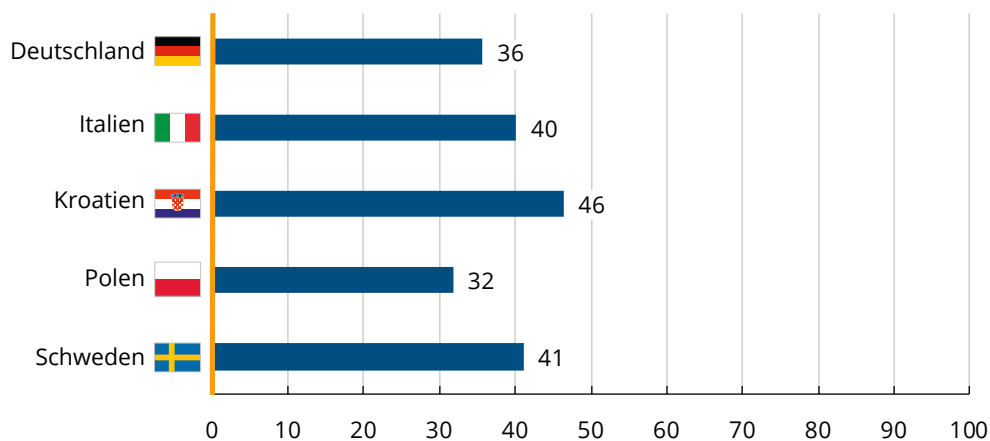
In Deutschland zeigen sich keine systematischen Geschlechterunterschiede in den Daten.

Frage: „Ist Ihrer Meinung nach die Diskriminierung, also Benachteiligung, von Frauen in der [...] Gesellschaft ein sehr großes Problem, ein großes Problem, ein kleines Problem oder gar kein Problem?“

Die eigene Betroffenheit hat deutliche Auswirkungen auf die Einschätzung, ob die Diskriminierung von Frauen im Land ein Problem darstellt. In allen Ländern zeigt sich, dass diejenigen Frauen, die selbst ab und zu oder öfter benachteiligt wurden, die Diskriminierung von Frauen verstärkt als großes oder sehr großes Problem wahrnehmen. Mindestens jede dritte Frau gibt in der Befragung an, dass sie „ab und zu“ oder „öfter“ Benachteiligungen gegenüber Männern erfährt. In Kroatien sagt das sogar fast jede Zweite (46 Prozent).

Abbildung 3: Empfundene Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern aufgrund des Geschlechts

Hier: ab und zu/öfter



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „ab und zu“ und „öfter“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „selten“, „nie“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie häufig hatten Sie persönlich schon den Eindruck, als Frau gegenüber Männern diskriminiert, also benachteiligt zu werden, nur weil Sie eine Frau sind?“

In allen Ländern geben jüngere Frauen häufiger als ältere Frauen an, gegenüber Männern benachteiligt zu werden. In Deutschland, Schweden und Italien geben mehr als die Hälfte der Frauen zwischen 18 und 35 Jahren an, gelegentlich oder öfter aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt zu werden. Auch in Polen liegt diese Altersgruppe in der Zustimmung ganz vorn (41 Prozent). In Kroatien findet sich mit 58 Prozent der größte Anteil an Frauen, die sich betroffen fühlen, in der Altersgruppe zwischen 36 und 49 Jahren. Es ist zu vermuten, dass sich nicht unbedingt der Grad der Diskriminierung, sondern vielmehr das Problembewusstsein verändert hat. Diskriminierende Verhaltensmuster werden zunehmend kritisiert und problematisiert. In den jüngeren Generationen, die mit dieser erhöhten Sensibilität aufwachsen, werden deshalb Benachteiligungen mutmaßlich stärker wahrgenommen. Dazu passt auch, dass die Gruppe der ab 65-Jährigen in allen Ländern am seltensten angibt, aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt zu werden.



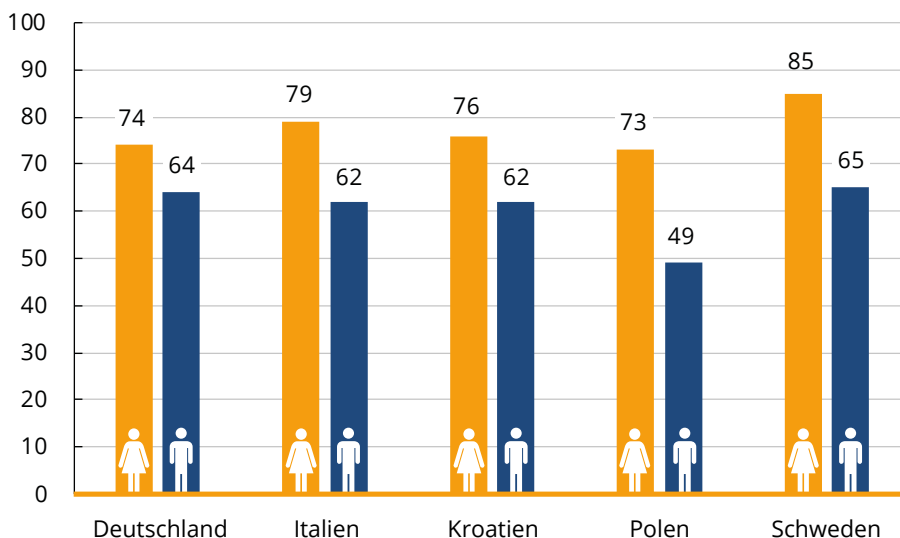
Wahrnehmungen zum Stand der Gleichberechtigung

Die Diskriminierung von Frauen gegenüber Männern oder im Allgemeinen hat viele Facetten. So ist in allen Ländern eine große Mehrheit der Meinung, dass Frauen deutlich weniger als ihren gerechten Anteil verdienen. Viele Frauen geben an, beim Gehalt selbst Benachteiligungen erfahren zu haben. Erneut zeigen sich deutliche Wahrnehmungsunterschiede zwischen den Geschlechtern. Bei den Männern stimmen bis zu zwei Drittel der Aussage zu, dass Frauen in ihrem Land deutlich weniger als ihren gerechten Anteil verdienen, in Polen nur die Hälfte. Die Zustimmungquote der Frauen ist dagegen in allen Ländern deutlich höher. Dabei liegen die Unterschiede zwischen Männern und Frauen im Bereich zwischen 10 (Deutschland) und 24 Prozentpunkten (Polen).

Es ist davon auszugehen, dass mit der Formulierung vor allem das Gehalt assoziiert wird. Hier kann die Zustimmung Ausdruck der oftmals bekannten Gender-Pay-Gap⁴ sein bzw. sich auf Ungleichbehandlungen beziehen. Auf die Frage, ob sie in einer Situation schon einmal das Gefühl hatten, aufgrund des Geschlechts benachteiligt zu werden, geben jeweils rund ein Drittel der Frauen in den befragten Ländern an, dass ihnen dies „beim Gehalt“ widerfahren ist.⁵ Die Betroffenen stimmen zu 90 Prozent zu, dass Frauen in ihrem Land deutlich weniger als ihren gerechten Anteil verdienen. Insbesondere aufgrund der Formulierung „verdienen“ im Zusammenspiel mit „gerechter Anteil“ dominiert hier sicherlich der monetäre Aspekt für die Einschätzungen.



Abbildung 4: Zustimmung zu der Aussage „In [Land] verdienen Frauen deutlich weniger als ihren gerechten Anteil.“



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Sagen Sie mir bitte, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie wieder anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu. In [Land] verdienen Frauen deutlich weniger als ihren gerechten Anteil.“

Eine finanzielle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern wird auch im Allgemeinen in der Partnerschaft wahrgenommen: Der Aussage, dass Frauen häufig finanziell von ihrem Partner abhängig sind, wird mehrheitlich zugestimmt. In Kroatien stimmen sogar 72 Prozent der Befragten zu, in Deutschland knapp die Hälfte (48 Prozent). Nur in Schweden findet sich keine mehrheitliche Zustimmung (40 Prozent). Mit Ausnahme von Deutschland wird die Abhängigkeit von Frauen etwas stärker wahrgenommen als von Männern.

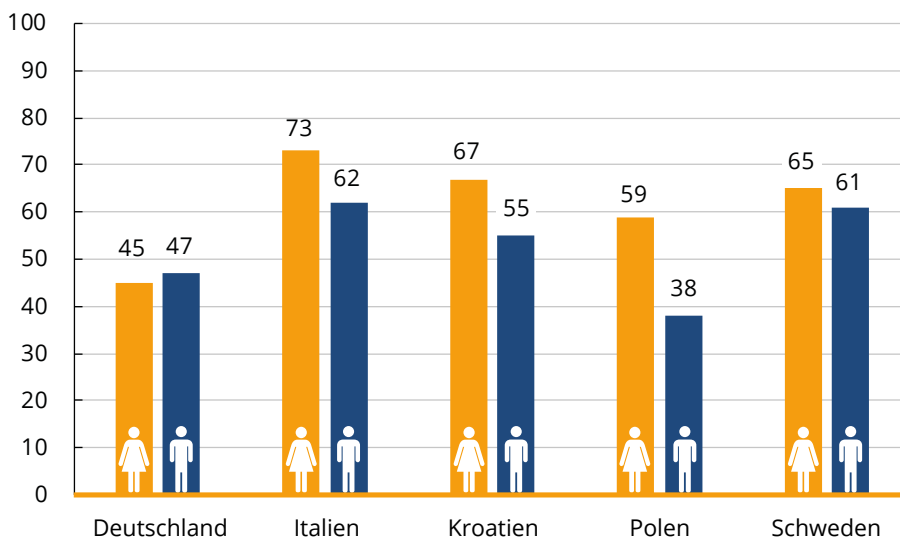
Persönliche Erfahrungen mit Benachteiligungen aufgrund ihres Geschlechts, wenn es um einen Job oder eine Beförderung geht, haben ein Viertel (Italien, Kroatien, Polen) bzw. ein Fünftel (Schweden, Deutschland) aller Frauen schon einmal gemacht. Nur etwa halb so viele Männer geben an, aus diesem Grund in solchen Situationen diskriminiert worden zu sein. Gestützt werden diese persönlichen Angaben durch die Zustimmung zu Aussagen zum Stand der Gleichberechtigung in der Berufswelt.

So sehen die befragten Bevölkerungen geringere Chancen für Frauen auf einflussreiche Karrieren in Politik und Wirtschaft. Eine deutliche Mehrheit in allen Ländern glaubt, dass Frauen weniger Chancen als Männer haben, an die Spitze eines Unternehmens zu kommen. Zudem glauben die Menschen in Italien, Polen und Kroatien mehrheitlich, dass Frauen auch geringere Chancen auf eine einflussreiche politische Karriere haben – in Deutschland und Schweden denkt das nur eine Minderheit (43 bzw. 40 Prozent).

Diskriminierung umfasst auch eine psychische und physische Gewaltdimension. Aufgrund der hohen Sensibilität wurde diese in der Umfrage nicht auf der persönlichen Ebene betrachtet. Andere Studien haben aber das Ausmaß der persönlichen Betroffenheit eindrücklich dokumentiert (vgl. Agentur der Europäischen Union für Grundrechte 2014, Sardinha et al. 2022). Um die Gewaltdimension dennoch nicht zu ignorieren, wurden die Befragten zu Gewalt zwischen Männern und Frauen im Allgemeinen befragt.

Eine (knappe) Mehrheit stimmt (eher) zu, dass Frauen in ihrem Land häufig von Männern geschlagen werden oder anderen Formen körperlicher Gewalt ausgesetzt sind. Besonders hoch ist die Zustimmung in Italien (68 Prozent), Schweden (63 Prozent) und Kroatien (61 Prozent). In Deutschland (46 Prozent) und Polen (49 Prozent) stimmt nur rund die Hälfte zu. Gerade in Polen zeigen sich jedoch große Unterschiede in der Wahrnehmung zwischen Männern und Frauen. Polnische Frauen stimmen der Aussage mit deutlicher Mehrheit zu (59 Prozent) – bei polnischen Männern liegt die Zustimmung um 21 Prozentpunkte niedriger (38 Prozent). Auch in Italien und Kroatien stimmen Frauen deutlich häufiger zu als Männer.

Abbildung 5: Zustimmung zu der Aussage „Frauen werden in [Land] häufig von Männern geschlagen oder anderen Formen körperlicher Gewalt ausgesetzt.“



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Sagen Sie mir bitte, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie wieder anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu. Frauen werden in [Land] häufig von Männern geschlagen oder anderen Formen körperlicher Gewalt ausgesetzt.“



Mittendrin statt nur dabei?

Wahrnehmungen zum Stand der Gleichberechtigung

- 4 Der Begriff Gender-Pay-Gap beschreibt den Unterschied beim durchschnittlichen Brutto-Stundenlohn zwischen Männern und Frauen. Es wird zwischen der unbereinigten und der bereinigten Gender-Pay-Gap unterschieden. Die unbereinigte Differenz des durchschnittlichen Brutto-Stundenlohns beträgt zwischen Männern und Frauen in der EU durchschnittlich 13 Prozent (vgl. vorläufige Berechnung Eurostat 2022). Der Unterschied der bereinigten Gender-Pay-Gap, die strukturelle Unterschiede wie Ausbildungsgrad, Beruf und Arbeitserfahrung herausrechnet, fällt wesentlich geringer aus (z. B. Deutschland 2018: 6 Prozent [unbereinigt 20 Prozent], vgl. Statistisches Bundesamt 2020).
- 5 Frage: „Bitte geben Sie an, ob Sie in diesen Situationen schon einmal den Eindruck hatten, dass Sie als Frau/Mann gegenüber Männern/Frauen diskriminiert also benachteiligt wurden, nur weil Sie eine Frau/ein Mann sind. Ist Ihnen das schon einmal passiert beim Gehalt?“



Wahrnehmung der Geschlechter

Die Wahrnehmung, dass Frauen einen schweren Weg in höhere Positionen in Politik und Wirtschaft haben, deckt sich auch mit den verfügbaren Statistiken. Sowohl in den Parlamenten als auch in den Aufsichtsräten der Unternehmen in den befragten Ländern sind Frauen – in unterschiedlichem Grad – unterrepräsentiert (siehe unten, z. B. Abb. 33). Dabei stellt sich die Frage, ob gesellschaftlich gewachsene, aber mittlerweile veraltete Rollenbilder einen Einfluss haben. Inwiefern herrschen Zuschreibungen beruflicher Eignung oder genderbasierte Vorurteile in der Gesellschaft vor, die den Weg für Frauen in Spitzenpositionen erschweren?

4.1 Berufliche Eignungen und Rollenklischees

Die wahrgenommene berufliche Eignung kann die Unterschiede nicht erklären: Die Bevölkerungen sind mit sehr großer Mehrheit überzeugt, dass beide Geschlechter für die Spitzenposition in der Regierung oder in Unternehmen gleich gut geeignet sind. Nur ein Anteil zwischen 2 Prozent (Schweden) und 14 Prozent (Kroatien) hält Männer für geeigneter. Frauen werden von einem Anteil zwischen 2 Prozent (Schweden) und 7 Prozent (Italien) präferiert. Noch geringer fallen die Präferenzen beim Beruf des Journalisten bzw. der Journalistin aus. Hier sind zwischen 1 (Schweden) und 6 Prozent (Kroatien) der Meinung, dass Frauen besser geeignet sind. Männer werden für diesen Beruf mit einem Anteil zwischen 0 (Schweden) und 3 Prozent (Kroatien) bevorzugt.

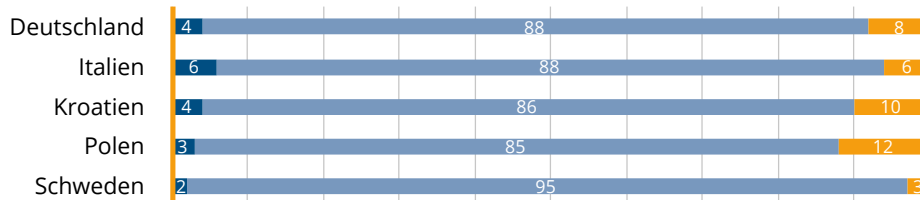
Bei der Frage nach der Eignung der Geschlechter für die Betreuung der Kinder und für die Rolle des Generals bzw. der Generalin zeigt sich die fortbestehende Existenz traditioneller Rollenbilder in Form sichtbarer Präferenzen. Immerhin 15 Prozent (Schweden) bis zu 42 Prozent (Polen) der Befragten geben an, dass Frauen für die Betreuung der Kinder eher geeignet sind als Männer. Gleichzeitig denken mindestens ein Drittel der Befragten in Deutschland, Italien und Kroatien, dass für die Rolle des Generals bzw. der Generalin eher Männer geeignet sind. In Polen denkt das sogar eine deutliche Mehrheit (63 Prozent). Dagegen halten in Schweden 94 Prozent beide Geschlechter auch für diese Position gleich gut geeignet.

Geschlechterunterschiede werden vor allem bei der Eignung für die Kinderbetreuung und die Generalsposition deutlich: Mit Ausnahme von Italien halten die Männer in allen Ländern im Vergleich zu den Frauen einen Mann geeigneter als General in der Armee und eine Frau geeigneter für die Kinderbetreuung. So ist beispielsweise jeder zweite Pole der Meinung, dass Frauen für die Kinderbetreuung geeigneter sind – unter den Polinnen sehen das nur 35 Prozent so. Auch in Schweden (+15 Prozentpunkte), Deutschland (+11 Prozentpunkte) und Kroatien (+8 Prozentpunkte) haben Männer häufiger als Frauen eine Präferenz für eine Frau in der Kinderbetreuung. Der Posten des Generals wird insbesondere in Polen (68 Prozent) und Kroatien (47 Prozent) von Männern für Männer bevorzugt. Frauen äußern die Präferenz für einen Mann als General hier seltener (Polen: 57 Prozent, Kroatien: 34 Prozent).

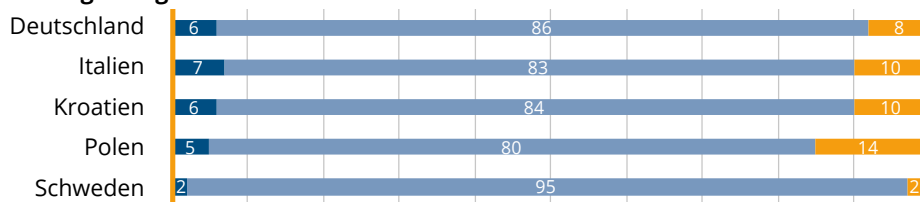


Abbildung 6: Wahrgenommene berufliche Eignung von Frauen und Männern

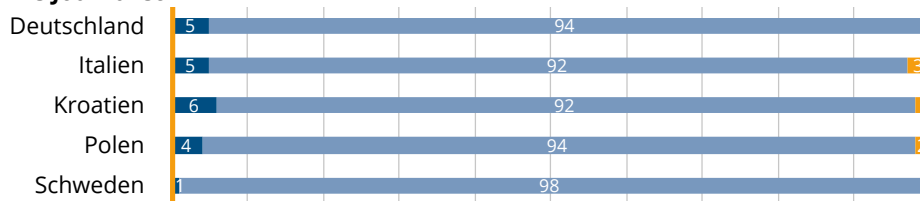
Als Firmenchef/in



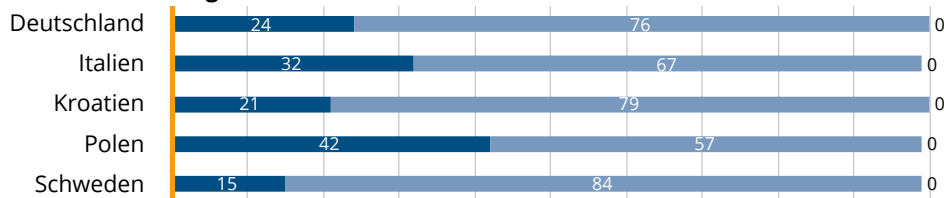
Als Regierungschef/in



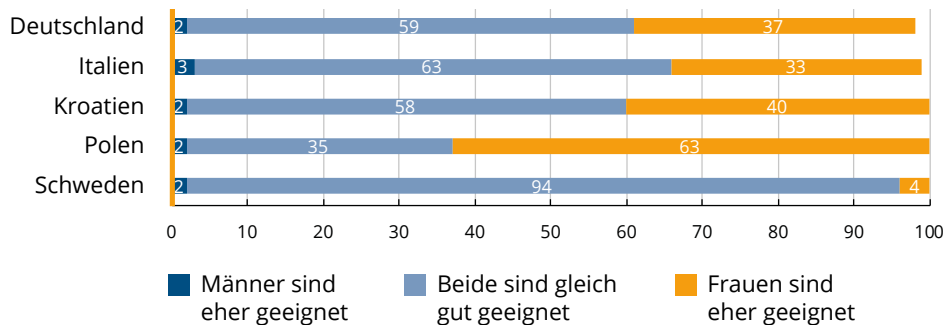
Als Journalist/in



Für die Betreuung der Kinder



Als General/in in der Armee



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Rundungsbedingt können Werte von über 100 Prozent entstehen.

Frage: „Manche Leute glauben, dass für manche Berufe eher Männer oder eher Frauen geeignet sind oder dass beide gleich gut geeignet sind. Wie ist das bei Ihnen, wenn Sie an die folgenden Bereiche denken: Sind eher Männer, eher Frauen oder beide gleich gut geeignet?“

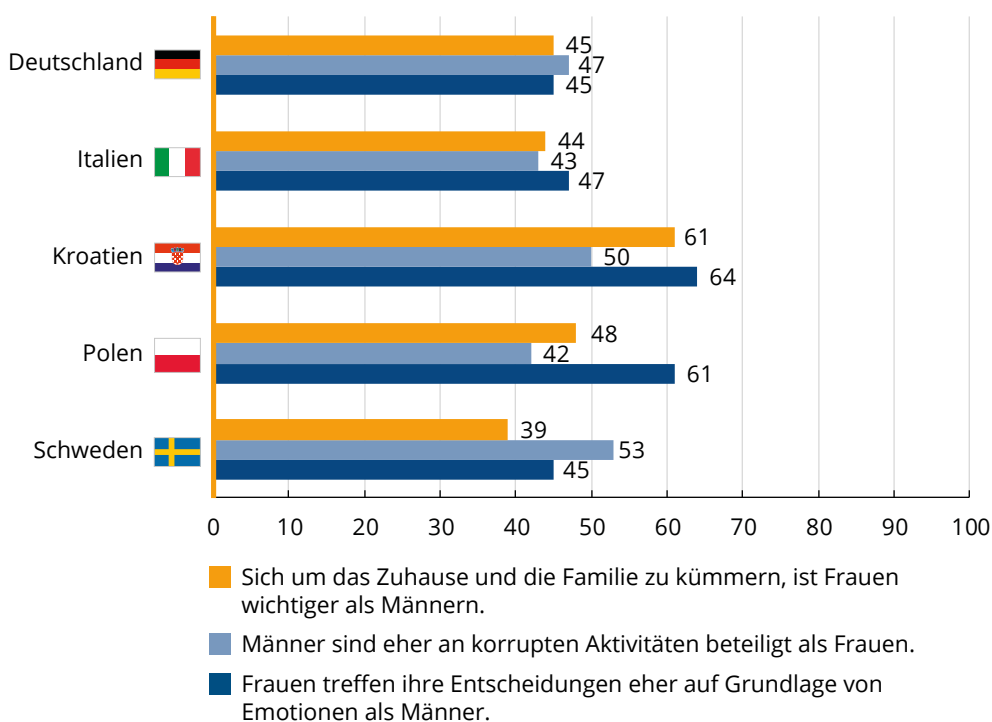
4.2 Genderbasierte Vorurteile

Genderbasierte Klischees sind verbreitet, jedoch stimmt nur selten eine Mehrheit bei stereotypen Geschlechteraussagen zu. Ältere Menschen stimmen ebenso häufiger zu wie Menschen mit formal niedrigem Bildungsabschluss.

Erhoben wurde die Verbreitung von einfachen genderbasierten Vorurteilen mithilfe der folgenden drei Aussagen, zu denen jeweils die Zustimmung auf einer 5er-Skala angegeben werden sollte (stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu):

- › Sich um das Zuhause und die Familie zu kümmern, ist Frauen wichtiger als Männern.
- › Männer sind eher an korrupten Aktivitäten beteiligt als Frauen.
- › Frauen treffen ihre Entscheidungen eher auf Grundlage von Emotionen als Männer.

Abbildung 7: Zustimmung zu genderstereotypen Aussagen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Bitte sagen Sie mir, ob Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen. Die Antwortkategorien lauten: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“



Nur in Kroatien gibt es eine mehrheitliche Zustimmung zu allen drei Aussagen. Eine mehrheitliche Zustimmung findet sich zudem in Polen („Frauen treffen ihre Entscheidungen eher auf Grundlage von Emotionen als Männer.“). Hier stimmen Frauen eher zu als Männer. Auch die Zustimmung von über der Hälfte der Schwedinnen und Schweden zur Aussage „Männer sind eher an korrupten Aktivitäten beteiligt als Frauen“ wird eher von dem Geschlecht getragen, das mit dem Klischee bedacht wurde: 60 Prozent der Schweden stimmen zu, aber nur 47 Prozent der Schwedinnen. Geschlechterunterschiede finden sich ansonsten vor allem in Polen und Kroatien, wo Frauen den Aussagen 1 und 3 häufiger zustimmen als Männer.

Insgesamt zeigen sich deutliche Alterseffekte: Die Gruppe der 18- bis 35-Jährigen stimmt am seltensten zu, wohingegen sich bei der Gruppe der ab 65-Jährigen häufig eine mehrheitliche Zustimmung findet. Ebenso nimmt die Zustimmung zu, je niedriger der formale Bildungsgrad ist.

Genderbasierte Klischees und zementierte Rollenbilder können ein Hindernis auf dem Weg zu mehr Parität sein. Während Vorurteile zur Eignung von Frauen für viele wichtige Berufsfelder aufgebrochen wurden (z. B. Politik), bestehen sie in einigen Bereichen fort. Insbesondere die überdurchschnittliche Wahrnehmung der besseren Eignung von Frauen für die Betreuung der Kinder hält sich in Polen und Kroatien.

5

Politische Maßnahmen zum Erreichen der Geschlechtergerechtigkeit

Zur Reduzierung bestehender Ungleichheiten gibt es verschiedene politische Maßnahmen. Besonders im Fokus stehen Angebote, die Frauen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen. Ein wichtiger Schlüssel ist dabei die Möglichkeit für einen gesicherten Platz in der Kindergartenbetreuung. Daneben gibt es auch innerhalb der Berufs- und Familienwelt Maßnahmen, die Geschlechtergerechtigkeit fördern könnten. Während bei der Diskussion um Parität auf beruflichen Führungsebenen um eine verbindliche Frauenquote gerungen wird, bieten auf familiärer Bühne Konzepte geteilter Elternzeit einen Anreiz für eine stärkere Rollenteilung. Alle drei genannten Maßnahmen wurden in der Umfrage auf gesellschaftliche Zustimmung untersucht.

5.1 Politische Maßnahmen: Kindergartenplatz für 3- bis 6-Jährige

Ein Pflichtangebot für Kindergartenplätze für 3- bis 6-Jährige wird in allen Ländern von fast allen Befragten unterstützt. Auf die Frage, ob man es unterstütze, wenn für jedes Kind zwischen drei und sechs Jahren⁶ ein Platz in einem Kindergarten angeboten werden muss, antworten die Befragten mit großer Zustimmung zwischen 91 (Deutschland) und 95 Prozent (Kroatien). Unter den Frauen sind es in Polen, Kroatien und Italien sogar 97 Prozent. Die dahinterliegenden Maßnahmen, wie beispielsweise ein Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab drei Jahren, erfahren also große Zustimmung.

Zur Einordnung lohnt ein Blick auf die Betreuungsquoten im Vergleich, d.h. wie viele der 3- bis 6-Jährigen sich in den jeweiligen Ländern in staatlicher oder privater Kinderbetreuung befinden. Bereits 2002 gab der Europäische Rat das Ziel aus, bis 2010 eine Betreuungsquote von mindestens 90 Prozent bei Kindern zwischen drei und sechs Jahren zu erzielen. Bei Kindern unter drei Jahren wurde als Ziel eine Quote von 33 Prozent ausgegeben.



Tabelle 1: Betreuungsquoten, Rechtsanspruch und Erwerbsquoten im Vergleich

Land	Betreuungs- quote Kinder 3-6 Jahre	Betreuungs- quote Kinder unter 3 Jahren	Rechtsanspruch	Erwerbsquote Frauen
Schweden	93 %	54 %	Ab dem vollendeten 1. Lebensjahr	85 %
Italien	93 %	26 %	Ab dem vollendeten 3. Lebensjahr	60 %
Deutschland	92 %	34 %	Ab dem vollendeten 1. Lebensjahr	79 %
Polen	58 %	11 %	Ab dem vollendeten 6. Lebensjahr (Vor- schule)	71 %
Kroatien	54 %	20 %	250h/Jahr ab dem Jahr vor der Einschu- lung	68 %

Quellen: Statistisches Bundesamt (2021), Eurostat (2022), Bericht der Europäischen Kommission (2018).

Die Zustimmung zu der beschriebenen Maßnahme in der Umfrage ist dort am höchsten, wo der Rechtsanspruch bislang am schwächsten ausgebaut ist, nämlich in Polen, Kroatien und Italien. Insbesondere Polen und Kroatien liegen deutlich unter dem EU-weiten Ziel von 90 Prozent. Dieselben Länder sowie Italien liegen auch bei den unter 3-Jährigen deutlich unter der Zielmarke von 33 Prozent.

Fraglich ist, in welchem Maße die Nicht-Betreuung durch einen Mangel von Nachfrage bzw. Angebot zu erklären ist. Denn ob ein Kind eine Betreuungseinrichtung besucht, wird durch mehrere Faktoren beeinflusst. Eine Eurostat-Erhebung aus dem Jahr 2016 zeigt, dass zu hohe Kosten in Italien (41 Prozent), aber auch in Kroatien (38 Prozent), Deutschland (23 Prozent) und Polen (17 Prozent) als Grund angegeben werden (Schweden: 6 Prozent). Fehlende Plätze werden in Deutschland, Kroatien und Polen von einem Fünftel der Betroffenen genannt. In Schweden (20 Prozent), Deutschland (18 Prozent), Polen (10 Prozent) und Italien (9 Prozent) spielen auch unpassende Öffnungszeiten eine Rolle (vgl. Eurostat 2016).

Daneben legt die Tabelle einen Zusammenhang zwischen Erwerbsquoten⁷ und Betreuungsquoten nahe. Insbesondere Länder, in denen die Betreuungsquoten bei Kindern unter drei Jahren besonders niedrig sind, weisen eine deutlich geringere Beschäftigungsquote von Frauen auf (vgl. Bericht der Europäischen Kommission 2018). Betreuungspflichten gelten zudem laut Eurostat (2016) in der EU als einer der Hauptgründe für Teil- statt Vollzeitbeschäftigungen von Frauen. Männer geben Betreuungspflichten in diesem Zusammenhang deutlich seltener als Grund an, sodass sich analog zur Gender-Pay-Gap der Begriff *Gender Care Gap* etabliert hat, d.h. der Unterschied im betriebenen Zeitaufwand für Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege zwischen den Geschlechtern. Hier besteht zwischen den Geschlechtern ein deutlicher Abstand. So

wenden beispielsweise Frauen in Kroatien rund 19 Stunden pro Woche mehr auf als Männer (vgl. Ombudsperson for Sex Equality of the Republic of Croatia 2017).

Die hohe Zustimmung in unserer Umfrage für ein garantiertes Betreuungsangebot für Kinder ab drei Jahren sowie der Blick auf begleitende Daten zur Entwicklung der Betreuungs- und Beschäftigungsquoten legt nahe, dass der weitere Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder eine der Schlüsselmaßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Sinne der Chancengleichheit bleibt. In den nächsten Jahren wird sich der Blick vor allem auf die Erfüllung der EU-Ziele bei den Betreuungsquoten für Kinder unter drei Jahren richten. Hier scheint der Zusammenhang zwischen Beschäftigungs- und Betreuungsquoten zudem deutlicher (s. Tab. 1). Ob die Zustimmung für Betreuungsangebote in dieser Altersgruppe ähnlich hoch ausfällt, bleibt für weitere Erhebungen offen.

5.2 Verlängerung der Elternzeit bei Inanspruchnahme durch beide Eltern

Eine Verlängerung der Elternzeit bei partieller Nutzung beider Elternteile wird in allen Ländern von einer großen Mehrheit unterstützt. Die formulierte Maßnahme lautete: „In manchen Ländern gibt es bei der Geburt eines Kindes eine bezahlte Elternzeit, in der ein Elternteil nicht arbeiten geht und für die Zeit der Kinderbetreuung Geld bekommt. Wenn diese Elternzeit um drei Monate verlängert wird, unter der Bedingung, dass beide Eltern einen Teil dieser Elternzeit nehmen: Inwiefern unterstützen Sie dies oder lehnen Sie dies ab?“ Diese Maßnahme wird in Italien von 90 Prozent, in Kroatien und Deutschland von 84 Prozent, in Polen von 82 Prozent und in Schweden von 65 Prozent unterstützt. In der Bewertung zeigen sich keine Geschlechterunterschiede, mit Ausnahme von Polen, wo die Unterstützung bei Frauen größer ist als bei Männern (87:78 Prozent). Die geringere Unterstützung in Schweden lässt sich möglicherweise durch den Umstand erklären, dass dort bereits eine solche Regelung für bis zu 16 Monate bezahlter Elternzeit besteht. Damit liegt die vorgeschlagene Maßnahme von bis zu 15 Monaten unter der aktuell geltenden Gesetzesgrundlage in Schweden. In Deutschland besteht dagegen bislang nur ein Anspruch auf „12+2“ Monate bei Aufteilung auf beide Elternteile, in Italien „6+3“, in Polen „8+0“ und in Kroatien „4+4“.⁸ Die vorgeschlagene Regelung übertrifft somit in diesen vier Ländern die bestehenden gesetzlichen Förderungen.

Regelungen zur bezahlten – bei geteilter – Elternzeit gelten als Maßnahme für mehr Geschlechtergerechtigkeit. Durch den Anreiz für Väter, ebenfalls eine Elternzeit in Anspruch zu nehmen, erhofft man sich eine Entlastung von Frauen verbunden mit der Chance zu einer früheren Rückkehr in den Beruf. Allerdings zeigen Analysen, dass die zur Verfügung stehenden Monate längst nicht zu gleichen Teilen von beiden Elternteilen genommen werden. Zwar sind in Deutschland mittlerweile ein Viertel der Personen, die Elterngeld beziehen, männlich, die Länge der Elternzeiten in Monaten unterscheidet sich jedoch bei Frauen (14,5 Monate) deutlich von den Männern (3,7 Monate, vgl. Suhr 2021). In Schweden nutzen die Männer durchschnittlich 4,5 Monate der geteilten Elternzeit von 16 Monaten (vgl. „The Local SE“ 2017). Die Tendenz ist sowohl in Deutschland als auch in Schweden steigend. Verstärkende Anreize für die Nutzung der Elternzeit sind laut Eurobarometer nach Angabe der europäischen Väter: mehr finanzielle Unterstützung (41 Prozent), flexible Einteilung in Abschnitte oder Teilzeitarbeit (35 Prozent),



mehr Verständnis beim Karriereweg und mehr Unterstützung durch Vorgesetzte sowie Kolleginnen und Kollegen (30 Prozent).

Stärkende Maßnahmen zur geteilten Elternzeit dürfen vor allem als Schritt zur Chancengleichheit verstanden werden. So scheint es zwar auf den ersten Blick überraschend, dass Deutschland und Schweden mit 14 Wochen Mutterschutz lediglich die Minimalvorgabe der EU umsetzen, während in Polen (20 Wochen) und Italien (22 Wochen) eine längere Pause gewährt wird. Jedoch gilt die geteilte Elternzeit mit ihren Anreizen zur frühen Aufteilung der Kinderbetreuung allgemein als fördernder für die Geschlechtergerechtigkeit als ein langer Mutterschutz⁹, der nur von Frauen genutzt werden kann (vgl. Dobrotić 2020).

Weitere Maßnahmen und Anreize zur geteilten Elternzeit sind insgesamt nicht nur geeignet, um die Geschlechtergerechtigkeit zu fördern – indem beispielsweise die *Gender Care Gap* verkleinert wird – sondern stoßen auch auf breite Zustimmung in den europäischen Bevölkerungen. In der Umsetzung gilt es, Väter zur Nutzung über die Minimalvorgaben hinaus zu motivieren. Höhere finanzielle Gehaltskompensationen wie in Schweden sowie mehr gesellschaftliche und berufliche Akzeptanz können hier förderlich sein (vgl. Kantar Public Flash Eurobarometer 2019).

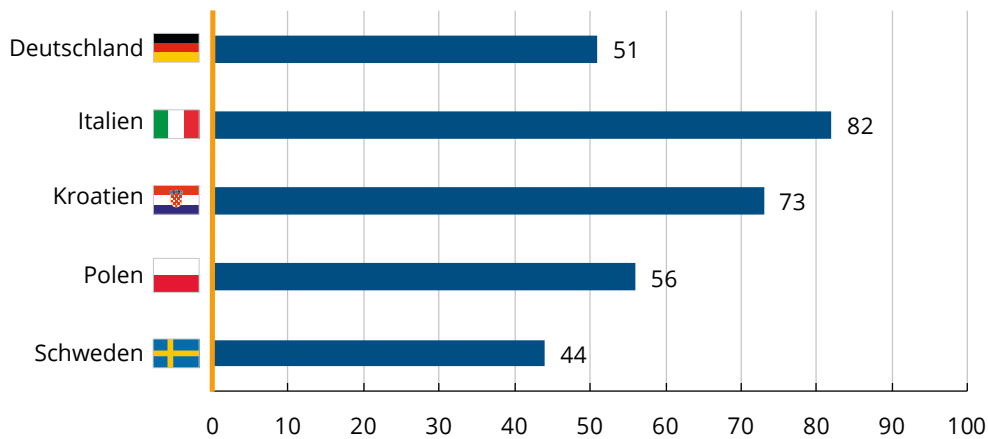
5.3 Frauenquote in Aufsichtsräten

Regelmäßig wird über Quotenregelungen im Berufsleben diskutiert, um die Anteile von benachteiligten Gruppen schneller zu erhöhen als allein über verbesserte Rahmenbedingungen. Die Zustimmung zur Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Aufsichtsräten fällt in den Studienländern gemischt aus. Dabei wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefragt: „Wenn bei den Aufsichtsräten großer Unternehmen eine verbindliche Quote festlegt, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten sein müssen: Inwiefern unterstützen Sie dies oder lehnen Sie dies ab?“

Die größte Zustimmung zur Quotenregelung in Aufsichtsräten gibt es in Italien (82 Prozent) und Kroatien (73 Prozent). Mit größerem Abstand folgen Polen (56 Prozent), Deutschland (51 Prozent) und Schweden (44 Prozent). In allen Ländern ist die Zustimmung der Frauen zwischen 24 Prozentpunkten (Polen) und 5 Prozentpunkten (Italien) höher als bei den Männern. In der Realität liegt die Quote in Aufsichtsräten großer Unternehmen in Italien, Schweden und Deutschland bei ca. 40 Prozent, während der Wert in Polen und Kroatien unter 30 Prozent liegt (vgl. European Institute for Gender Equality 2022b). Eine verbindliche Frauenquote auf EU-Ebene sieht nun zumindest vor, bis 2026 mindestens 40 Prozent der Aufsichtsräte börsennotierter Unternehmen weiblich zu besetzen, andernfalls drohen Strafzahlungen (vgl. *Süddeutsche Zeitung* 2022).

Eine hohe Zustimmung findet sich demnach in Ländern, in denen die Erwerbsquote von Frauen niedriger liegt und Frauen bislang seltener in Aufsichtsräten vertreten sind (Kroatien, Polen, Italien). In Schweden und Deutschland, in denen bereits zunehmende Parität auf Führungsebenen besteht und die generellen Erwerbschancen für Frauen gut sind, wird eine Quotenregelung nicht zwingend von einer großen Mehrheit als notwendig erachtet.

Abbildung 8: Zustimmung zu verbindlicher Frauenquote in großen Unternehmen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „voll und ganz unterstützen“ und „eher unterstützen“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „eher ablehnen“, „voll und ganz ablehnen“ sowie „weiß nicht/keine Angabe“.
Frage: „Wenn bei den Aufsichtsräten großer Unternehmen eine verbindliche Quote festgelegt, dass Männer und Frauen zu gleichen Teilen vertreten sein müssen: Inwiefern unterstützen Sie dies oder lehnen Sie dies ab?“

- 6 In Schweden führte die Frageformulierung zu Missverständnissen, da Kindern dort bereits ab einem Jahr ein Kindergartenplatz angeboten wird. Die Fragestellung wurde daher auf „1 und 6 Jahre“ angepasst. Eine niedrigere Zustimmungsquote von 82 Prozent im Vergleich zu den anderen Ländern bei einer gleichzeitig weit ausgebauten Betreuungskultur und -struktur deuten jedoch daraufhin, dass die Fragestellungen aufgrund dieser Änderungen nicht länger vergleichbar sind. Anders sind die Abweichungen zwischen Schweden und den anderen vier Ländern kaum zu erklären.
- 7 Die Erwerbsquote ergibt sich laut Eurostat (2022) aus dem Dividieren der Anzahl von erwerbstätigen und erwerbslosen Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren durch die Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse. Im Unterschied zur Erwerbstätigen- oder Beschäftigungsquote werden also auch die Arbeitslosen, die dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung stehen, miteinbezogen.
- 8 Die Höhe der prozentualen Übernahme des Gehalts wurde in der Umfrage nicht thematisiert, unterscheidet sich allerdings zusätzlich deutlich in den Ländern. In Schweden werden 80 Prozent, in Deutschland 65 Prozent, in Italien 30 Prozent, in Polen 100 Prozent für die ersten 1,5 Monate und 60 Prozent für die restliche Zeit übernommen. In Kroatien ist der Anteil einkommensabhängig, wobei ein recht niedriger Höchstsatz etwa auf Mindestlohniveau existiert.
- 9 Für die Väter sieht eine bis Spätsommer 2022 umzusetzende Richtlinie zehn Tage bezahlten Vaterschaftsurlaub direkt nach der Geburt vor.



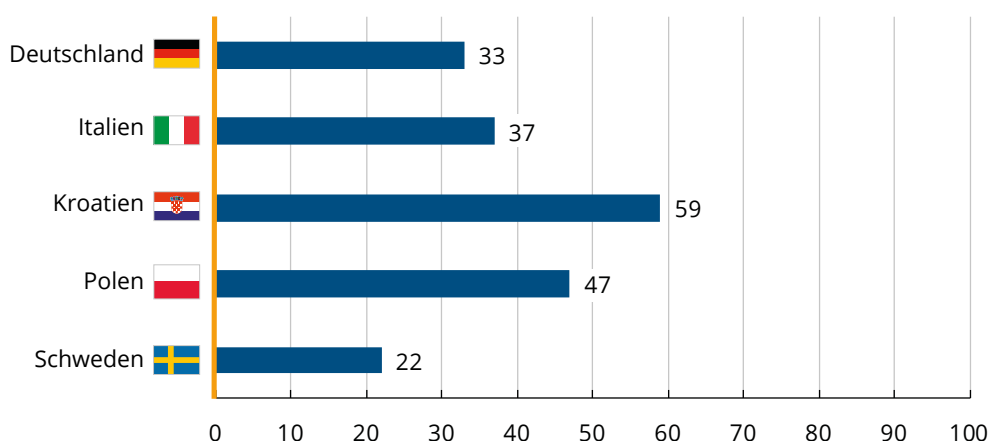
Einstellungen zu Geschlechtergerechtigkeit

Dort wo über Vorurteile und Maßnahmen gesprochen wird, werden auch die Diskussionen selbst zum Gegenstand der gesellschaftlichen Debatte. Um die Haltung der Menschen zur Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit zu messen, wurden den Befragten verschiedene Aussagen vorgelegt, zu denen jeweils Zustimmung oder Ablehnung anzugeben war. Die 5er-Skala umfasste die Werte: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu. Unter Zustimmung werden die zusammengefassten Werte von „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“ verstanden.

„Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] verursacht mehr Probleme als sie löst.“

In Kroatien ist eine Mehrheit der Meinung, dass die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit mehr Probleme schafft als sie löst. In Polen denkt das knapp die Hälfte und in Deutschland sowie Italien sind immerhin ein gutes Drittel dieser Meinung. In Schweden stimmen nur 22 Prozent dieser Aussage zu. Zwischen Männern und Frauen zeigt sich, mit Ausnahme von Polen und Schweden (-10 Prozentpunkte Zustimmung bei Frauen), kein großer Unterschied.

Abbildung 9: Zustimmung zu der Aussage „Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] verursacht mehr Probleme als sie löst.“

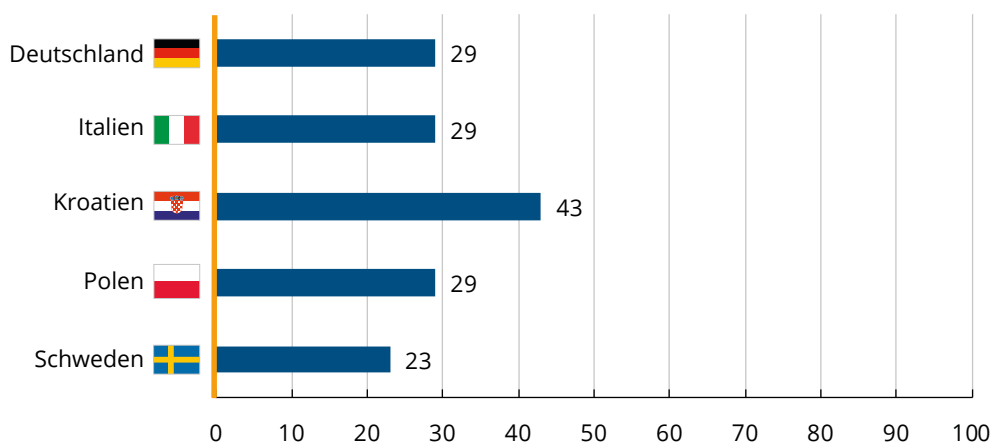


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

„Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] senkt das Ansehen von Müttern, die ihre Kinder zu Hause erziehen.“

In keinem Land bekommt die Aussage, dass das Ansehen von Müttern durch die Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit gesenkt würde, eine Mehrheit. In Kroatien stimmen immerhin 43 Prozent der Befragten zu, in Deutschland, Polen und Italien rund 30 Prozent. In Schweden stimmen am wenigsten Personen zu (23 Prozent). Geschlechterunterschiede zeigen sich nicht.

Abbildung 10: Zustimmung zu der Aussage „Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] senkt das Ansehen von Müttern, die ihre Kinder zu Hause erziehen.“

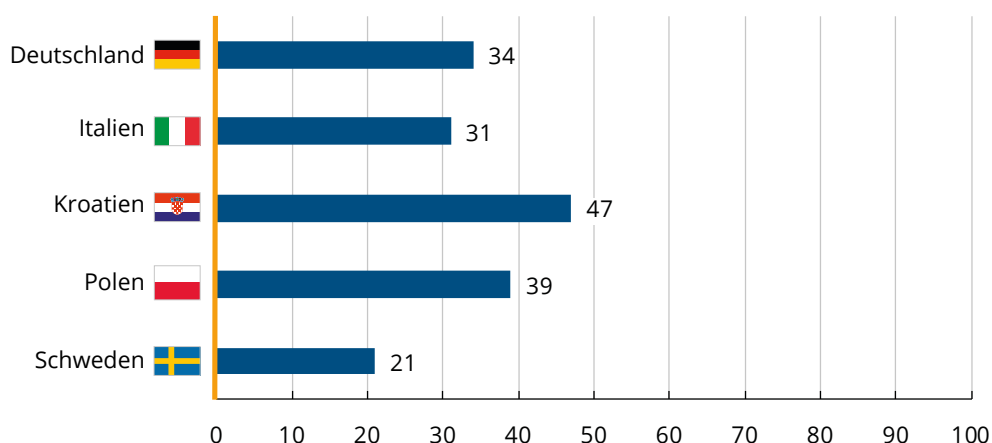


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

„Geschlechtergerechtigkeit in [...] ist ein Problem von Leuten, die keine richtigen Probleme haben.“

Knapp die Hälfte der Menschen in Kroatien ist der Meinung, dass Geschlechtergerechtigkeit ein Problem von Leuten ist, die keine richtigen Probleme haben. In Polen, Deutschland und Italien stimmen etwa ein Drittel hier zu. In Schweden dagegen nur jeder Fünfte. Geschlechterunterschiede gibt es nur in Polen und Schweden. Hier stimmen Männer eher zu als Frauen (+14 Prozentpunkte in Polen, +7 Prozentpunkte in Schweden).

Abbildung 11: Zustimmung zu der Aussage „Geschlechtergerechtigkeit in [...] ist ein Problem von Leuten, die keine richtigen Probleme haben.“



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

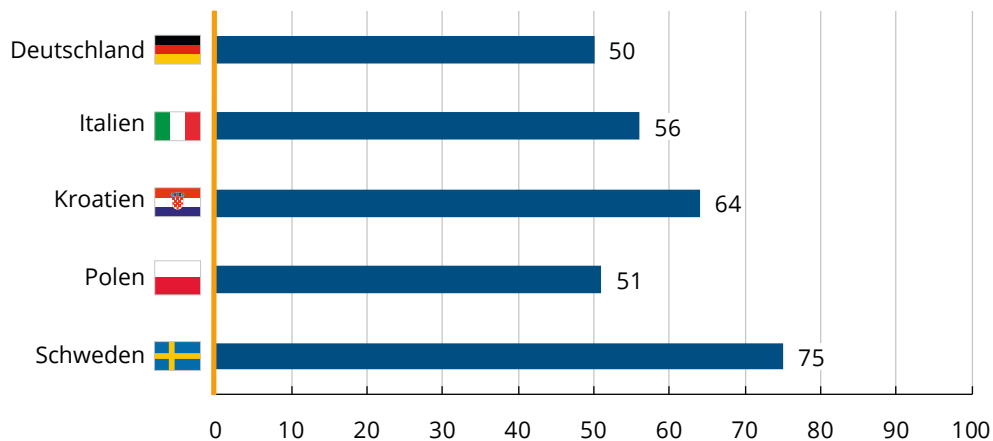
Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

„Geschlechtergerechtigkeit fördert die wirtschaftliche Entwicklung in [...].“

In allen Ländern stimmen die Befragten mehrheitlich zu, dass die Geschlechtergerechtigkeit die wirtschaftliche Entwicklung fördere. In Schweden stimmen sogar drei Viertel zu, gefolgt von Kroatien, wo knapp zwei Drittel der Menschen zustimmen.

Nur in Polen (-9 Prozentpunkte) und Schweden (-7 Prozentpunkte) stimmen Männer der Aussage seltener zu als Frauen.

Abbildung 12: Zustimmung zu der Aussage „Geschlechtergerechtigkeit fördert die wirtschaftliche Entwicklung in [...]“



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“.

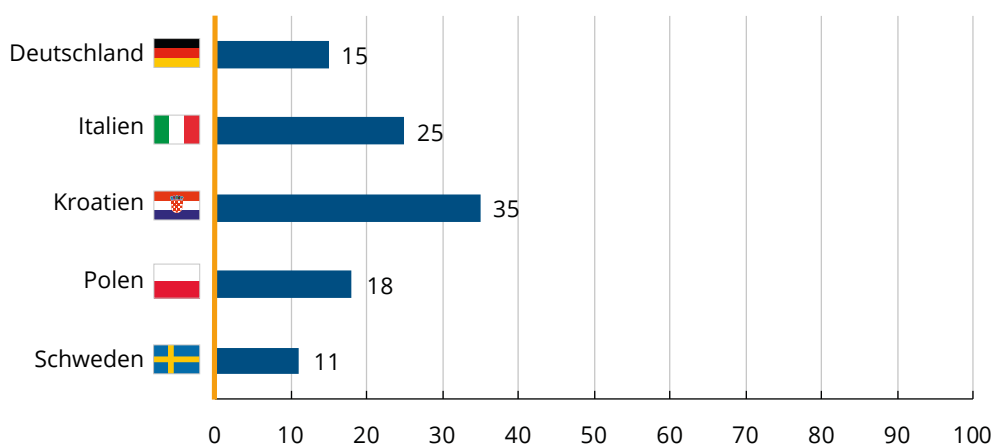
Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

„Die Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in [...] schaden unserer Kultur.“

Mehrheitlich Ablehnung findet die Aussage, dass die Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit der Kultur schaden würden. Besonders gering ist die Zustimmung in Schweden (11 Prozent). Eine erhöhte Zustimmung findet sich lediglich in Kroatien, wo 35 Prozent der Aussagen „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen.

Kleine Geschlechterunterschiede zeigen sich erneut nur in Schweden und Polen, allerdings auf niedrigem Niveau. Die Zustimmung der Männer liegt um 5 (Polen) bzw. 7 Prozentpunkte (Schweden) höher.

Abbildung 13: Zustimmung zu der Aussage „Die Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in [...] schaden unserer Kultur.“



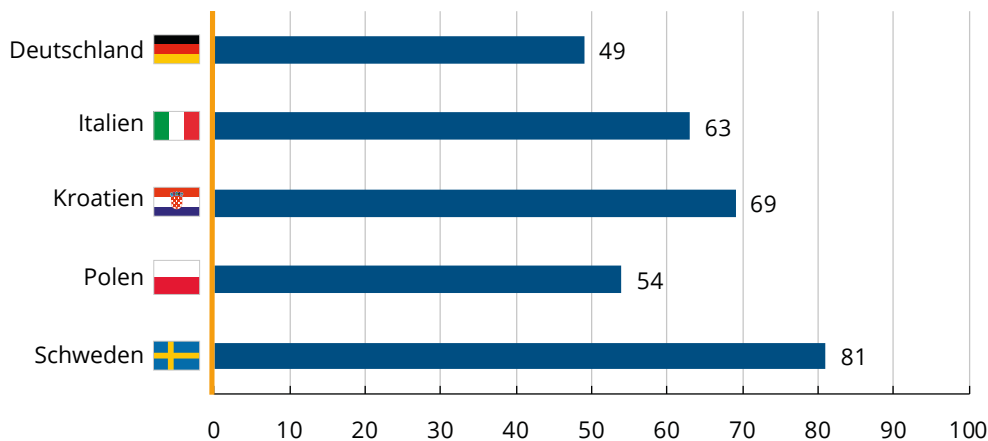
Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

„Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit macht unsere Gesellschaft in [...] besser.“

Die Menschen in allen fünf Ländern sind mehrheitlich der Überzeugung, dass die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit ihre Gesellschaften besser mache. Besonders hoch ist die Zustimmung in Schweden (81 Prozent), besonders niedrig dagegen in Deutschland (49 Prozent).

Geschlechterunterschiede gibt es lediglich in Schweden. 86 Prozent der Frauen stimmen zu, während die Zustimmung bei den Männern mit 77 Prozent etwas niedriger liegt. Der Wert rangiert allerdings im Vergleich immer noch deutlich vor den Durchschnittswerten der anderen Länder.

Abbildung 14: Zustimmung zu der Aussage „Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit macht unsere Gesellschaft in [...] besser.“



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „stimme eher nicht zu“, „stimme überhaupt nicht zu“, „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Über das Thema Geschlechtergerechtigkeit gibt es ja verschiedene Meinungen. Bitte sagen Sie mir, inwiefern Sie den folgenden Aussagen zustimmen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, teils-teils, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu.“

Geschlechterunterschiede werden insgesamt nur in Polen und Schweden sichtbar. Die Zustimmung der Männer unterscheidet sich systematisch von der Zustimmung der Frauen. Schwedinnen und Polinnen stimmen den positiven Aussagen eher zu und stimmen gleichzeitig den eher negativ konnotierten Aussagen seltener zu. Dabei unterscheidet sich jedoch das Zustimmungsniveau hochgradig zwischen den beiden Ländern: Die Schweden liegen zwar hinter den Schwedinnen, liegen aber mit ihrer Zustimmung in der Tendenz häufig trotzdem vor (positive Aussagen) bzw. hinter (negative Aussagen) Männern und Frauen der anderen Länder. Dies zeigt die hohe Sensibilisierung für Themen und Diskussionen der Geschlechtergerechtigkeit in Schweden, die auf hohem Niveau bei Frauen noch stärker ausgeprägt ist als bei Männern.

Der Geschlechterunterschied in Polen wirkt sich dagegen im Ländervergleich anders aus. Trennt man die Durchschnittswerte der Polinnen und Polen nach Geschlechtern, so stechen die polnischen Männer im europäischen Vergleich gemeinsam mit den kroatischen Ergebnissen deutlich heraus: Etwa jeder zweite Pole ist der Meinung, dass Geschlechtergerechtigkeit nur zusätzliche Probleme verursacht oder ein Problem von Leuten ist, die keine richtigen Probleme haben. Nur in Kroatien ist die Zustimmung auf ähnlichem Niveau, allerdings findet sich hier kein Unterschied zwischen Männern und Frauen.



Neben den beschriebenen Geschlechterunterschieden werden in allen Ländern Alters- und Bildungseffekte sichtbar. Jüngere Leute sowie Menschen mit hohem formalen Bildungsniveau stimmen den positiv konnotierten Aussagen stärker zu und lehnen eher negativ konnotierte Aussagen stärker ab. Besonders deutlich zeigt sich der Kontrast beim Alterseffekt in vielen Fällen zu den über 70-Jährigen.

Wie bei vorherigen Teilen der Umfrage wird erneut eine bestimmte Reihenfolge der Länder deutlich. Während die Menschen in Schweden Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit durchschnittlich positiv bewerten, ist die Skepsis in Kroatien und Polen größer. Es muss demnach kein Zufall sein, dass die Reihenfolge von Schweden über (zumeist) Deutschland, Italien bis Polen und Kroatien dem Ranking im *Gender Equality Index* gleicht, also den tatsächlich messbaren Unterschieden bei der Parität von Frauen. Ein Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung des Themas Geschlechtergerechtigkeit und dem Fortschritt auf dem Weg, diese zu erreichen, ist wahrscheinlich. Unklar ist dabei jedoch, ob eine bei diesem Thema offenere Kultur die Ergreifung von Maßnahmen befördert oder ob Maßnahmen und beruflicher Wandel eine Veränderung der Kultur bewirken.



Emanzipationsskepsis

Während die Emanzipation der Frau voranschreitet, finden sich in allen Ländern kleine Gruppen, die diesen Prozess weiterhin kritisch betrachten. „Emanzipationsskepsis“ beschreibt in dieser Analyse eine Einstellungsdimension, die Diskussionen um Geschlechtergerechtigkeit „überzogen“ findet, den Status quo demzufolge wenig problematisch erachtet oder sogar das nationale kulturelle Erbe durch Maßnahmen zur Erreichung der Geschlechtergerechtigkeit bedroht sieht.

Emanzipationsskepsis wurde mithilfe von vier Aussagen gemessen, die zu einem Mittelwertindex zusammengefasst wurden:¹⁰

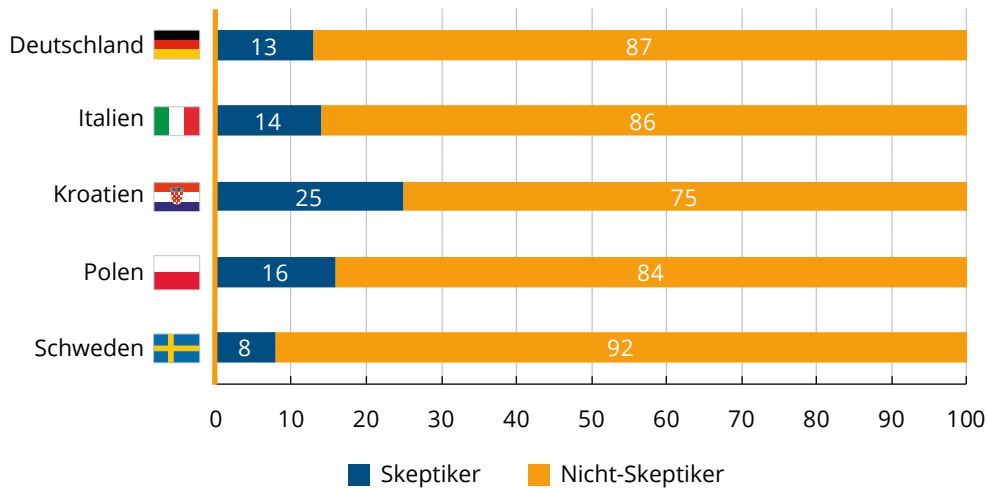
- › Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] verursacht mehr Probleme als sie löst.
- › Die Diskussion um Geschlechtergerechtigkeit in [...] senkt das Ansehen von Müttern, die ihre Kinder zu Hause erziehen.
- › Geschlechtergerechtigkeit in [...] ist ein Problem von Leuten, die keine richtigen Probleme haben.
- › Die Maßnahmen für mehr Geschlechtergerechtigkeit in [...] schaden unserer Kultur.

In den Index wurden alle Befragten aufgenommen, die bei mindestens zwei der vier Aussagen gültige Antworten aufweisen. Der Wertebereich des Index reicht von 1 „stimme voll und ganz zu“, über 2 „stimme eher zu“, 3 „teils-teils“, 4 „stimme eher nicht zu“ bis 5 „stimme überhaupt nicht zu“.

Die Durchschnittswerte des Index für Emanzipationsskepsis liegen in allen Ländern zwischen 3 (Kroatien) und 3,8 (Schweden), also zwischen den Antworten teils-teils und stimme eher nicht zu. Der durchschnittliche Bürger ist also eher kein Emanzipationsskeptiker. Als Emanzipationsskeptiker gilt nach der Skala, wer einen Wert von 2 (durchschnittlich: stimme eher zu) oder kleiner aufweist.

Die Anteile sind gering, unterscheiden sich aber zwischen den Ländern. In Kroatien weist jede/r Vierte emanzipationsskeptische Einstellungen auf, in Polen jede/r Sechste (16 Prozent) und in Italien und Deutschland etwa jede/r Siebte (14 bzw. 13 Prozent). In Schweden findet sich mit 8 Prozent der geringste Bevölkerungsanteil an emanzipationsskeptischen Befragten.

Abbildung 15: Emanzipationsskepsis nach Ländern



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Anteile in Prozent.
Als Emanzipationsskeptiker gilt, wer einen Wert von 2 oder weniger auf der Emanzipations-skepsis-Skala aufweist.

In allen Ländern erhöhen dieselben Faktoren die Wahrscheinlichkeit, zur Gruppe der Skeptiker zu gehören, insbesondere die Wahlpräferenz für eine rechtspopulistische Partei. Tiefergehende Analysen zeigen, dass je älter, je niedriger der formale Bildungsabschluss und je schlechter die Bewertung der eigenen Einkommenssituation, desto eher zählt die Person zu den Skeptikern. Die stärksten Zusammenhänge zeigen sich allerdings mit Blick auf Geschlecht, Bewertung der Diskriminierungssituation im eigenen Land und vor allem Wahlpräferenz. Männer zählen häufiger zu den Emanzipationsskeptikern als Frauen – dieser Zusammenhang zeigt sich allerdings nicht in Kroatien, wo der Anteil der Frauen sogar marginal höher liegt. Personen, die das Ausmaß der Diskriminierung von Frauen im eigenen Land eher als kleines oder kein Problem einordnen, stimmen ebenfalls eher den emanzipationsskeptischen Aussagen zu. Besonders deutlich ist der Zusammenhang zwischen der Wahlentscheidung für eine rechtspopulistische Partei¹¹ und der Einordnung als Emanzipationsskeptiker. Rechtspopulistische Parteien verteidigen zumeist alte Rollenverteilungen, indem sie die traditionelle, heteronormative Familie zum Idealbild erklären. In dieser nehmen Frauen die vermeintlich natürliche Rolle als Hausfrau und Mutter ein (vgl. Off 2022). Bei Themen für einen geschlechtergerechten Arbeitsmarktzugang, Abtreibungsrecht oder Gleichstellungsthemen im Bereich LGBTQI+ vertreten rechtspopulistische Parteien entsprechende Gegenpositionen¹² (vgl. Akkermann 2015). Wie in anderen gesellschaftspolitischen Fragen (Migration, Klimawandel) nehmen rechtspopulistische Parteien Extrempositionen ein und verstärken die wahrgenommene Polarisierung. Die Ergebnisse legen nahe, dass rechtspopulistische Parteien einerseits mit ihren Positionen auf fruchtbaren Boden stoßen und Wählerinnen und Wähler mit stark traditionellen Geschlechterwerteinstellungen ansprechen. Andererseits tragen Positionen dieser vermeintlichen kulturellen Gegenreaktion („cultural backlash“, vgl. Norris/Inglehart 2019) zum Erfolg rechtspopulistischer Parteien bei.

-
- 10 Cronbach's Alpha liegt mit 0,7 zwar unter dem Grenzwert von 0,8, ab dem eine Skala als reliabel gilt (Schnell et al. 2005: 153). Eine Faktorenanalyse hat aber ergeben, dass alle vier Items nur auf einem einzigen Faktor laden. Daher werden die vier Aussagen zu einem gemeinsamen Index „Emanzipationsskepsis“ zusammengefasst. Die beiden positiv konnotierten Aussagen zur wirtschaftlichen Förderung und Verbesserung der Gesellschaft laden auf einem anderen Faktor, erhöhen Cronbach's Alpha nicht und wurden daher nicht in den Index einbezogen.
- 11 Definition gemäß Rooduijn et al. (2019).
- 12 Diese Positionen sind nicht immer kohärent, insbesondere, wenn rechtspopulistische Parteien über die Bedrohung liberaler Werte durch Migration sprechen.



Lebensbereiche im Vergleich

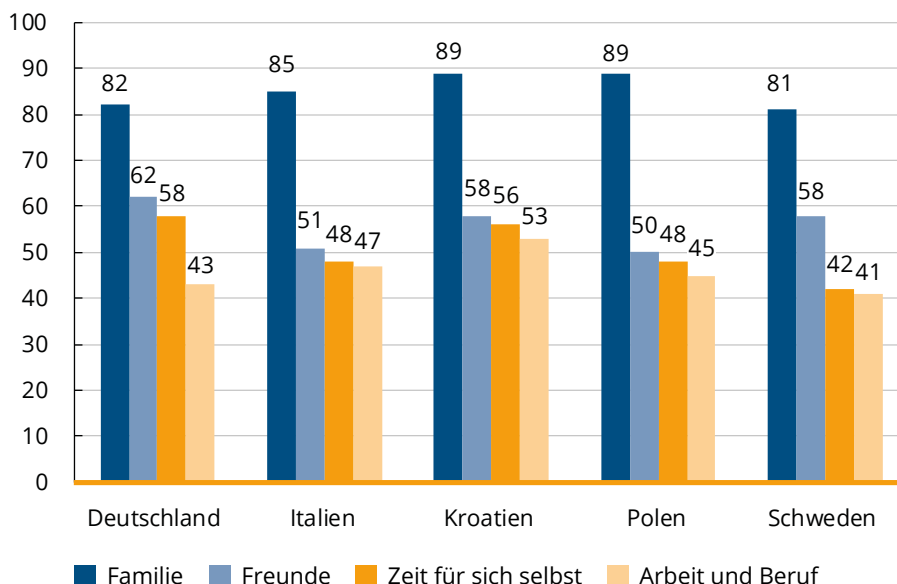
Die Familie ist für die Menschen in allen untersuchten Ländern der wichtigste Lebensbereich. Auf die Frage nach der Wichtigkeit einzelner Lebensbereiche ordnen mindestens vier Fünftel aller Befragten den Bereich Familie als „sehr wichtig“ ein. In Polen und Kroatien tun das 89 Prozent, in Italien 85 Prozent, in Deutschland 82 Prozent und in Schweden 81 Prozent. Trotz dieser hohen Zustimmungsraten zeigt sich ein erkennbarer Geschlechterunterschied: Der Anteil an Frauen, die den Lebensbereich Familie als sehr wichtig einordnen, liegt zwischen 5 (Kroatien) und 13 Prozentpunkten (Deutschland) über dem der Männer.

Ebenfalls von großer Bedeutung ist der Lebensbereich „Freunde“. Er landet in der Bewertung der Wichtigkeit in allen Ländern auf Rang 2. Zwischen 62 (Deutschland) und 50 Prozent (Polen) stufen Freunde als sehr wichtig ein.

Auch der Lebensbereich „Zeit für sich selbst“ ist den Befragten in allen Ländern sehr wichtig. Zwischen 58 Prozent (Deutschland) und 42 Prozent (Schweden) finden diesen Bereich sehr wichtig.

Der Lebensbereich „Arbeit und Beruf“ landet in allen Ländern im Vergleich auf dem vierten Rang. Zwischen 53 Prozent (Kroatien) und 41 Prozent (Schweden) stufen den Bereich für sich persönlich als sehr wichtig ein.

Abbildung 16: Wichtigkeit von Lebensbereichen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „sehr wichtig“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „eher wichtig“, „teils-teils“, „eher unwichtig“, „sehr unwichtig“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wir hätten von Ihnen gerne gewusst, wie wichtig für Sie die einzelnen Lebensbereiche sind. Bitte geben Sie für die folgenden Lebensbereiche an, ob diese für Sie sehr wichtig, eher wichtig, teils-teils, eher unwichtig oder sehr unwichtig sind.“

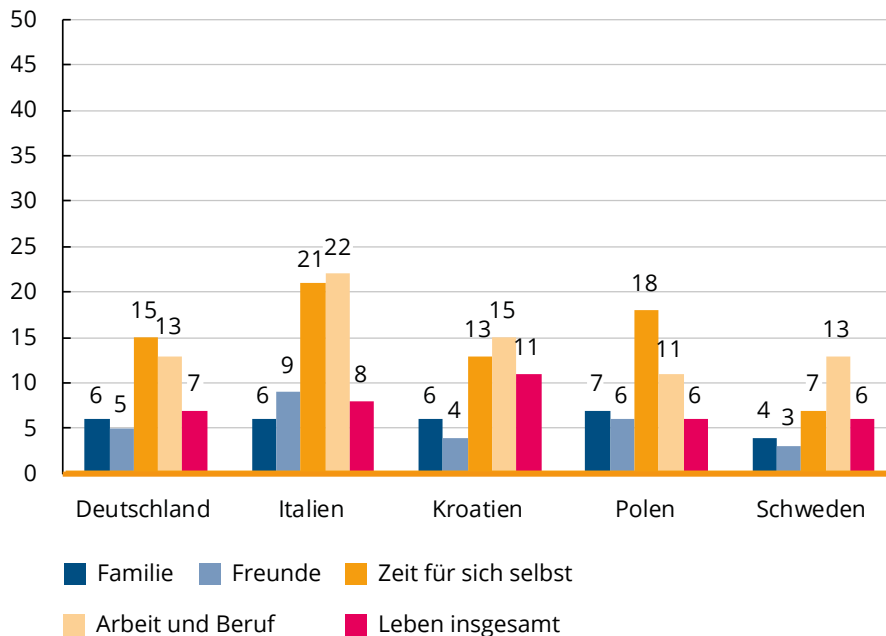
Die vier Lebensbereiche, insbesondere Freunde und Familie, sind den Befragten sehr wichtig, allerdings sind sie nicht in gleichem Maße zufrieden mit diesen Bereichen in ihrem Leben. Dennoch antworten nur kleine Teile auf die Frage nach der Zufriedenheit mit den einzelnen Lebensbereichen mit den Antworten „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“. Kaum Unzufriedenheit herrscht über die Situation im Freundes- und Familienkreis (<10 Prozent).

Etwas höher ist die Unzufriedenheit über die Zeit für sich selbst. Ähnliches gilt für die Zufriedenheit mit dem Lebensbereich Arbeit und Beruf. Unter denen, die einer Arbeit oder einem Beruf nachgehen, geben zwischen 11 (Polen) und 22 Prozent (Italien) an, dass sie mit der eigenen Arbeitssituation nicht zufrieden sind. In Italien äußert sogar mehr als jede vierte Frau (27 Prozent) Unzufriedenheit über den Lebensbereich Arbeit und Beruf. Hier spiegeln sich die erschwerte Arbeitsmarktsituation bzw. die niedrige Frauenerwerbsquote Italiens wider.

Die Unzufriedenheit mit dem Leben insgesamt fällt in allen Ländern gering aus und bewegt sich zwischen 11 (Kroatien) und 6 Prozent (Polen, Schweden).



Abbildung 17: Unzufriedenheit mit Lebensbereichen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „eher unzufrieden“, „sehr unzufrieden“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „teils-teils“, „sehr zufrieden“, „eher zufrieden“ sowie „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Nun bitte ich Sie einzuschätzen, wie zufrieden Sie mit den folgenden Lebensbereichen sind. Bitte geben Sie für die folgenden Lebensbereiche an, ob Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils-teils, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden sind.“

Die Einstufung der Wichtigkeit verschiedener Lebensbereiche und die Bewertung der Zufriedenheit mit ihnen lässt erste Rückschlüsse auf Priorisierungen zu. So wird die Familie durchgehend wichtiger bewertet als die Berufswelt und auch die Zufriedenheit fällt hier höher aus. Grundlegende Unterschiede in den Werteinstellungen zwischen Ländern oder Geschlechtern lassen sich so jedoch noch nicht ermitteln. Denn die Wichtigkeit aller Lebensbereiche wird von Befragten grundsätzlich sehr hoch eingeschätzt und auch bei der Bewertung der Zufriedenheit fallen die Abstufungen eher gering aus.



Werteinstellungen

Um herauszufinden, welche Werte den Menschen wichtig sind, wurden die sogenannten Schwartz-Items verwendet (Schwartz 1992, 2003). Dabei wird den Befragten eine Person mit gewissen Eigenschaften beschrieben. Anschließend sollen die Befragten einstufen, inwiefern sie einer solchen Person ähneln oder nicht.

9.1 Selbstoptimierung

Eine Identifikation mit Werten der „Selbstoptimierung“ findet sich vor allem bei 18- bis 35-Jährigen, Geschlechtereffekte unterscheiden sich deutlich zwischen den Ländern. Der Wertekomplex der Selbstoptimierung (*self-enhancement*) wird dabei vor allem durch die Werte Erfolgsstreben und Macht bestimmt (vgl. Schwartz 1992, 2003). Im Raum steht die Frage, ob sich die Geschlechter hinsichtlich dieser Werte unterscheiden. Sind Frauen die Werte Erfolgsstreben und Macht systematisch weniger wichtig als Männern? Können gesellschaftliche Ungleichheiten darauf zurückgeführt werden?

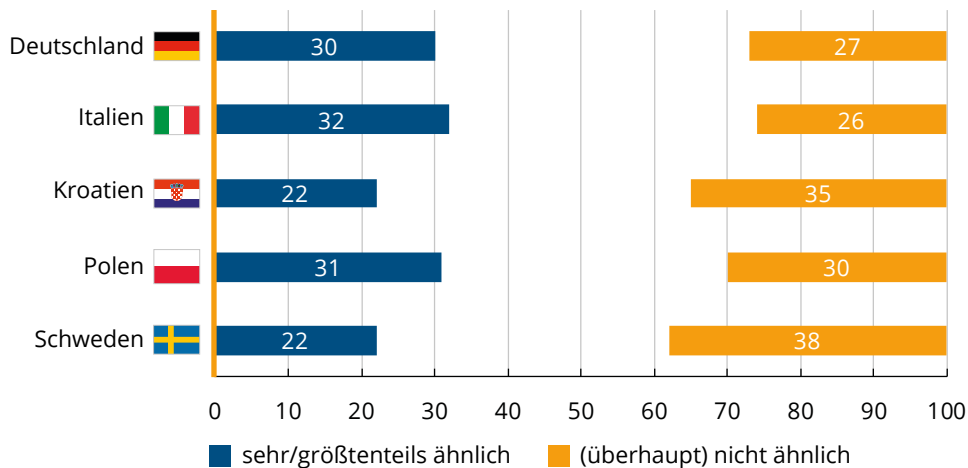
Die Werte Erfolgsstreben und Macht wurden mithilfe von drei Personenbeschreibungen gemessen, die zu einem Mittelwertindex¹³ zusammengefasst wurden.

- Es ist ihr/ihm wichtig, reich zu sein. Sie/Er möchte viel Geld haben und teure Sachen besitzen.
- Es ist ihr/ihm wichtig, erfolgreich zu sein. Sie/Er hofft, dass die Leute ihre/seine Leistungen anerkennen.
- Es ist ihr/ihm wichtig, dass andere sie/ihn respektieren. Sie/Er will, dass die Leute tun, was sie/er sagt.

Für die Werte Erfolgsstreben und Macht zeigen sich durchschnittlich keine großen Unterschiede zwischen den Ländern. Weder gibt eine Mehrheit an, den beschriebenen Personen (größtenteils) ähnlich zu sein, noch ihnen (überhaupt) nicht ähnlich zu sein. Die Werte für Polen, Deutschland und Italien bewegen sich dabei auf einem ähnlichen Niveau, in Schweden und Kroatien fallen die Werte für eine Ähnlichkeit in gleichem Maße geringer aus.



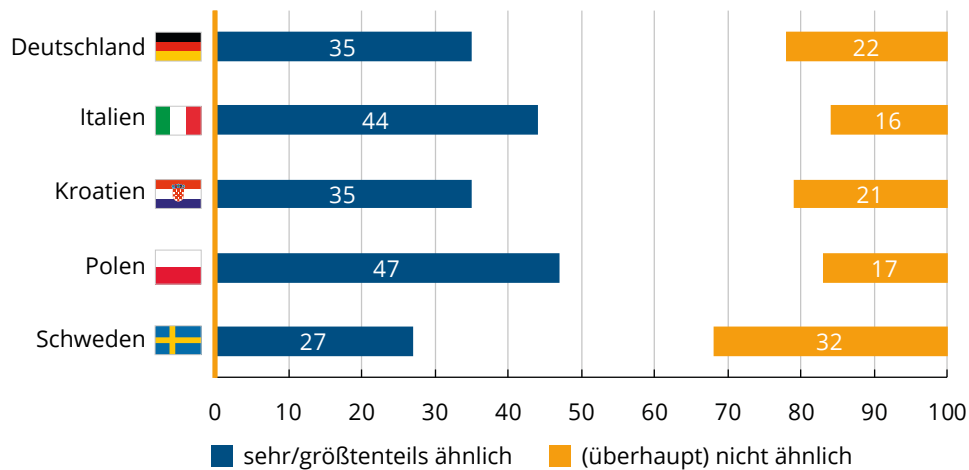
Abbildung 18: Personenbeschreibungen – Erfolgsstreben und Macht



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

Mit Blick auf weitere Faktoren wie Alter oder Geschlecht fällt zunächst ein deutlicher Altersunterschied auf: Der Gruppe der 18- bis 35-jährigen ist Erfolgsstreben und Macht deutlich wichtiger als allen anderen Altersgruppen. Dies gilt für alle Länder. Bis auf Schweden liegt der Anteil derjenigen, die sich den beschriebenen Personen ähnlich sehen, um 30 Prozentpunkte (Polen) bis 13 Prozentpunkte (Deutschland) höher als der Anteil der Gruppe, die sich als unähnlich einstufen. Insbesondere bei der Altersgruppe ab 65 Jahren zeigt sich ein vollständig konträres Bild. Hier stufen sich die Personen doppelt so häufig als unähnlich im Vergleich zu ähnlich ein. Wie stark dieser Altersunterschied ist, zeigt sich sehr deutlich am Beispiel Polens. Im Schnitt stufen sich die Polinnen und Polen ungefähr gleich häufig als ähnlich (31 Prozent) und unähnlich (30 Prozent, siehe Abb. 18) ein. Die Gruppe der unter 35-jährigen stuft sich dagegen zu 47 Prozent als ähnlich und nur zu 17 Prozent als unähnlich ein, während die Gruppe der ab 65-jährigen sich zu 20 Prozent als ähnlich und zu 46 Prozent als unähnlich einschätzt. Dieser Altersunterschied lässt sich vor allem mit Lebenszykluseffekten erklären. Mit zunehmendem Alter werden gesicherte berufliche und gesellschaftliche Positionen erreicht und Familien gegründet. Die ab 65-jährigen streben als Rentnerinnen und Rentner zudem keine beruflichen Ziele mehr an. Eigenes Erfolgsstreben, persönliche Veränderungen und Herausforderungen weichen daher mit der Zeit universellen Werten wie der benevolenten Sorge um das Wohlergehen anderer (vgl. u. a. Veroff et al. 1984, Denzinger et al. 2016).

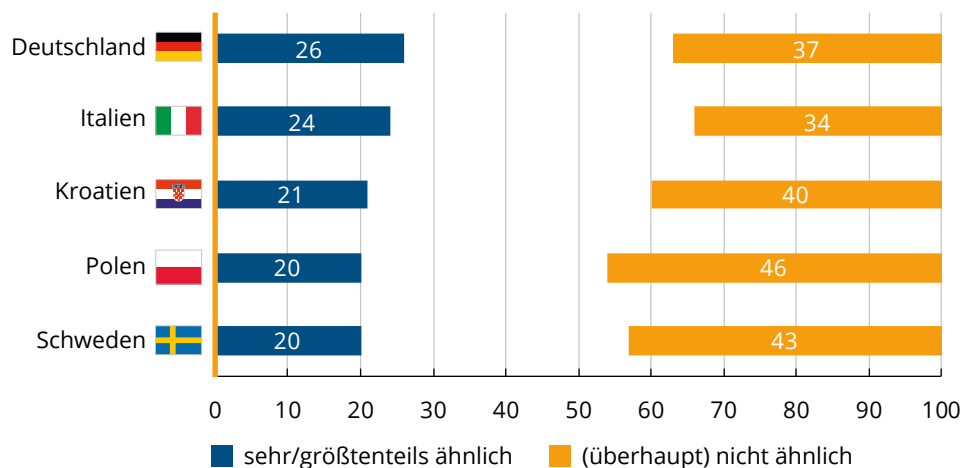
Abbildung 19: Personenbeschreibungen – (Un-)Ähnlichkeit Erfolgsstreben und Macht bei 18- bis 35-jährigen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

Abbildung 20: Personenbeschreibungen – (Un-)Ähnlichkeit Erfolgsstreben und Macht bei ab 65-jährigen



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“



Geschlechterunterschiede zeigen sich durchschnittlich nur in Polen und Kroatien – in Italien und Deutschland fällt der beschriebene Altersunterschied allerdings bei den jüngeren Frauen noch deutlicher aus. Lediglich in Polen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen im Durchschnitt. Während sich hier 37 Prozent der Männer stärker mit den Werten Erfolgsstreben und Macht identifizieren, sind es nur 26 Prozent der Frauen. Diese Unterschiede zeigen sich in allen Altersgruppen.

In Kroatien findet mehr als jeder vierte Mann Ähnlichkeiten zu sich selbst, bei den Frauen sind es etwas weniger als jede fünfte Frau.

In Schweden, Deutschland und Italien zeigen sich keine systematischen Geschlechterunterschiede bezüglich der eigenen Ähnlichkeit zu den Werten Erfolgsstreben und Macht. Spannend ist allerdings in Deutschland und Italien der Blick auf die Frauen in der Gruppe 18 bis 35 Jahre. Hier zeigen sich die beschriebenen Altersunterschiede im Kontrast zur Gruppe über 65 Jahre sogar noch verstärkt. Fast jede zweite Italienerin sieht zu sich selbst Ähnlichkeiten (48 Prozent) und nur 17 Prozent schätzen sich unähnlich ein (Männer 41:15). In Deutschland verhält es sich analog. Hier sehen 39 Prozent der jungen Frauen Ähnlichkeiten (17 Prozent unähnlich), bei den jungen Männern sind es 31 Prozent (ähnlich) gegenüber 27 Prozent (unähnlich). In Summe werden diese Geschlechterunterschiede durch gespiegelte Verteilungen in anderen Altersgruppen ausgeglichen.

Insgesamt zeigt sich, dass Alterseffekte die unterschiedliche Nähe zu den Werten Erfolgsstreben und Macht aus der Dimension Selbstoptimierung besser erklären können als Geschlechterunterschiede. Nur in Polen zeigen sich merkbare Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Hier scheint Männern Erfolgsstreben und Macht im Durchschnitt wichtiger zu sein als Frauen. In Kroatien lässt sich dies ebenfalls in abgeschwächter Form beobachten. In Deutschland, Italien und Schweden zeigen sich dagegen im Durchschnitt keine Geschlechterunterschiede. Jedoch scheinen die Lebenszykluseffekte bei Frauen zwischen 18 und 35 Jahren in Italien und Deutschland noch einmal stärker auszufallen als bei den Männern. In dieser Gruppe identifizieren sich Frauen sogar stärker als Männer mit Personen, denen Erfolgsstreben und Macht wichtig sind. Ein systematisch schwächerer Eigenantrieb von Frauen, der ungleiche Verteilungen auf Machtpositionen (z. B. Aufsichtsräte) erklären könnte, findet sich hier nicht – im Gegenteil. Die Ergebnisse in Kroatien und Polen würden dagegen einen anderen Schluss zulassen. Allerdings ist es auffällig, dass ausgerechnet die beiden Länder betroffen sind, in denen sich verstärkt traditionellere Rollenbilder, Emanzipationskepsis, Diskriminierungserfahrungen und faktische Ungleichheiten finden. Diese kulturellen sowie ähnliche strukturelle Bedingungen in Kroatien und Polen (Zugang zu Machtpositionen für Frauen; Arbeitsmarkt) dürften die wahrscheinlichste Erklärung für die Unterschiede zwischen Schweden, Italien, Deutschland auf der einen sowie Kroatien und Polen auf der anderen Seite sein.

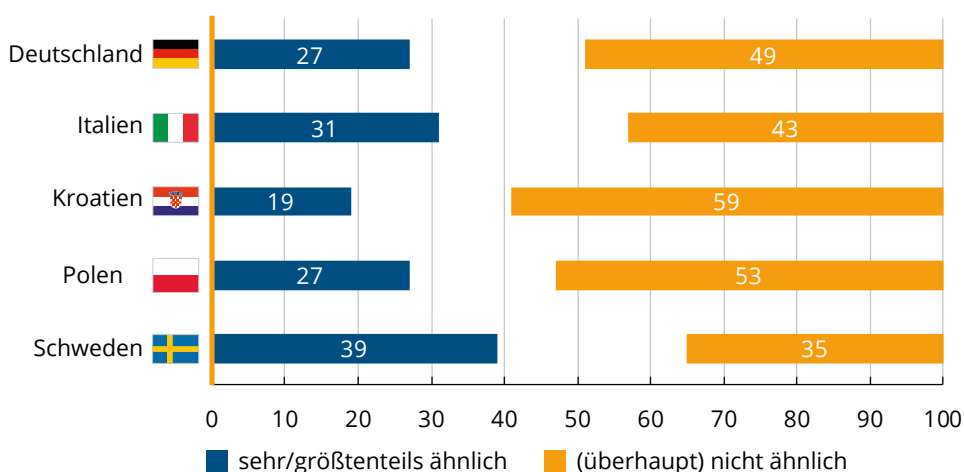
9.2 Feminismus

Als weitere Personenbeschreibung wurde den Befragten die folgende Person vorgelegt:

- Sie/Er identifiziert sich selbst als Feminist/in.

Nur in Schweden fühlt sich ein höherer Anteil der beschriebenen Person eher ähnlich als unähnlich. Fast jede/r vierte Schwedin/Schwede stuft sich als größtenteils ähnlich oder ähnlich zu einer Person ein, die sich selbst als Feminist/in identifiziert. In Polen und Kroatien ist für eine Mehrheit das Gegenteil der Fall. Auch in Italien und Deutschland überwiegt der Anteil derer, die sich als (überhaupt) nicht ähnlich bezeichnen.

Abbildung 21: Personenbeschreibungen: (Un-)Ähnlichkeit mit Feminist/in



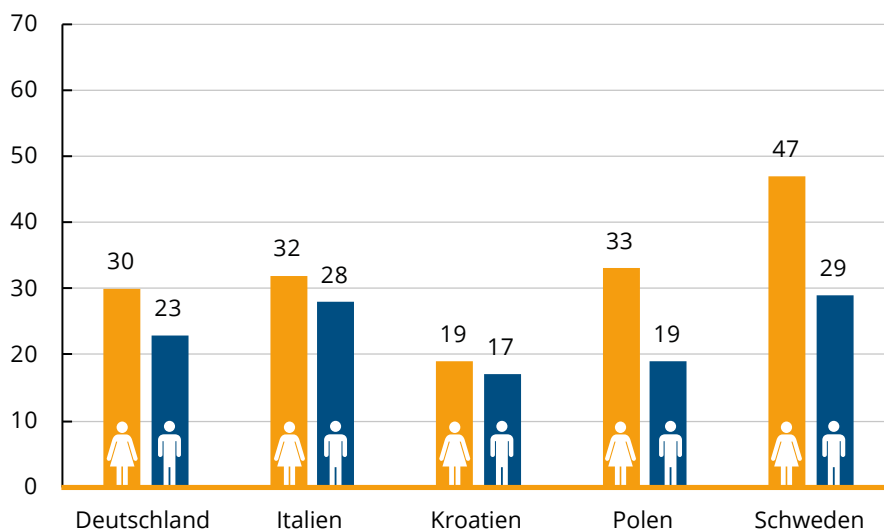
Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

Jüngere bezeichnen sich im Vergleich zu Älteren eher als ähnlich. So ist in Schweden mehr als jeder/m zweiten Befragten (55 Prozent) eine Person ähnlich, die sich selbst als Feminist/in bezeichnet. Bei den ab 65-Jährigen ist es nur knapp jede dritte Person. In allen anderen Ländern zeigen sich ähnliche, wenngleich kleinere Alterseffekte.



Ebenso einheitlich zeigen sich Unterschiede zwischen Frauen und Männern: Frauen bezeichnen sich im Vergleich zu Männern zwischen 4 (Italien) und 18 Prozentpunkten (Schweden) häufiger als ähnlich, in Schweden insgesamt fast jede zweite Frau (47 Prozent). Die Anteile lassen Rückschlüsse auf die Wichtigkeit feministischer Werte für die Befragten zu. Demnach sind feministische Werte für Schwedinnen und Schweden im Vergleich am wichtigsten (vgl. weiterführend Jezierska/Towns 2018). Doch auch in Deutschland, Italien und Polen scheinen feministische Werte für ein Drittel der Frauen eine Rolle zu spielen.

Abbildung 22: Personenbeschreibungen – Ähnlichkeit mit Feminist/in



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent für die Werte „ist mir sehr ähnlich“ und „ist mir größtenteils ähnlich“. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „ist mir nicht ähnlich“, „ist mir überhaupt nicht ähnlich“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

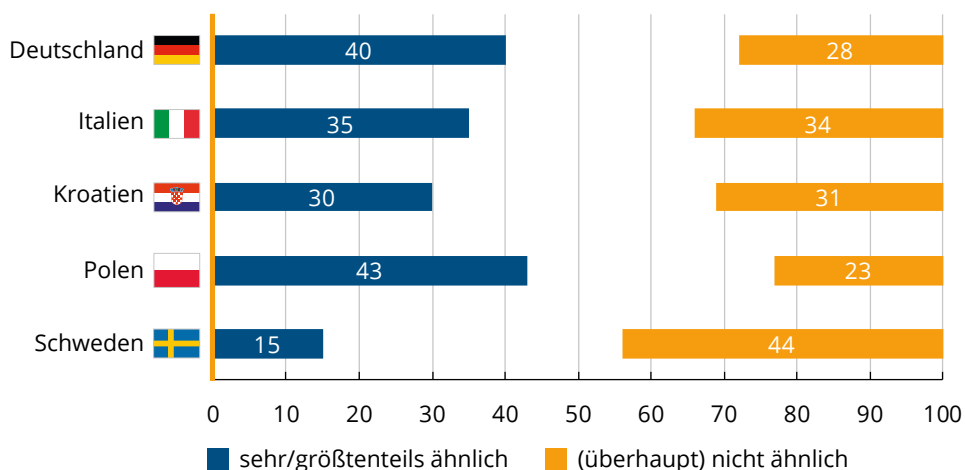
9.3 Wichtigkeit des eigenen Äußeren

Große Länder-, Alters- und Geschlechterunterschiede zeigen sich bei der folgenden Personenbeschreibung:

- Sie/Er kümmert sich sehr um ihr/sein Äußeres.

Der größte Teil der Befragten in Italien, Deutschland und vor allem Polen kann sich mit so einer Person identifizieren. Dagegen finden sich in Schweden gegenteilige Ergebnisse. Während sich in Deutschland und Polen ungefähr vier von zehn Befragten als ähnlich zu einer Person bezeichnen, die sich sehr um das Äußere kümmert, trifft dies in Schweden nur auf 15 Prozent zu. Hier bezeichnen sich 44 Prozent als unähnlich zur beschriebenen Person.

Abbildung 23: Personenbeschreibungen: (Un-)Ähnlichkeit mit einer Person, die sich sehr um ihr Äußeres kümmert



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

Auch die Altersunterschiede fallen divers aus. In Italien stimmen eher die jüngeren Befragten, in Polen eher die älteren zu. Bei letzterer Gruppe (65 Jahre und älter) bezeichnet sich mehr als jede/r zweite Befragte als (größtenteils) ähnlich. Frauen stimmen durchschnittlich häufiger für ähnlich als Männer. Die größten durchschnittlichen Unterschiede zwischen Frauen und Männern finden sich in Italien (+15 Prozentpunkte) und Deutschland (+13 Prozentpunkte).



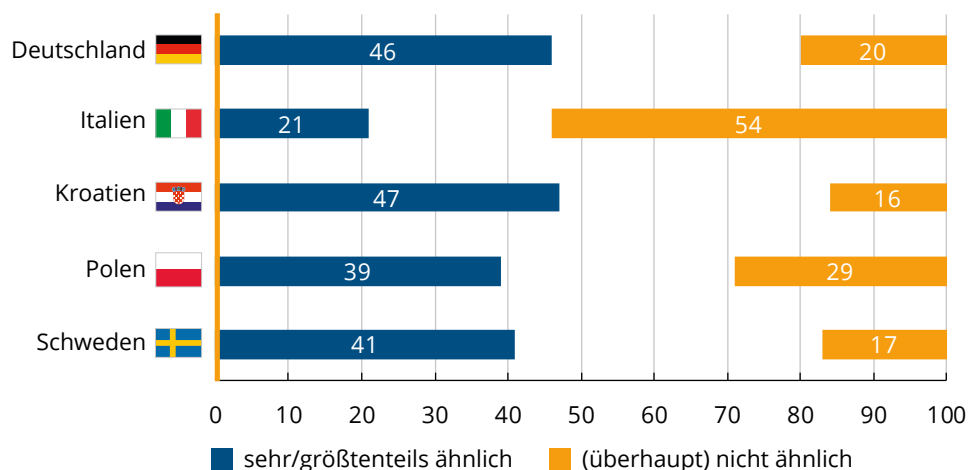
9.4 Gesellschaft mitgestalten

Ungleiche politische Ämterbesetzung wurde in der Vergangenheit auch mit prinzipiellen Geschlechterunterschieden erklärt (mehr dazu im folgenden Kapitel). Ob grundsätzliche Unterschiede in Persönlichkeitsmerkmalen bezüglich der Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement bestehen, wurde anhand der folgenden Personenbeschreibung untersucht:

- › Sie/Er ist sehr engagiert und möchte die Gesellschaft mitgestalten.

Es finden sich keine Geschlechterunterschiede bei dieser Personenbeschreibung. Auffällig ist lediglich die hohe „Ablehnung“ gesellschaftlicher Mitgestaltung in Italien.

Abbildung 24: Personenbeschreibungen – (Un-)Ähnlichkeit mit einer Person, die die Gesellschaft mitgestalten möchte



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „ist mir etwas ähnlich“ (Mittelkategorie), „weiß nicht/keine Angabe“. Frage: „Im Folgenden beschreibe ich Ihnen einige Personen. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala, wie ähnlich oder unähnlich Ihnen die jeweils beschriebene Person ist. Die Skala umfasst: ist mir überhaupt nicht ähnlich, ist mir nicht ähnlich, ist mir etwas ähnlich, ist mir größtenteils ähnlich, ist mir sehr ähnlich. Wie ähnlich ist Ihnen diese Person?“

13 Analoges Vorgehen wie beim Index „Emanzipationsskepsis“. Es wurden alle Befragten aufgenommen, die bei mindestens zwei der drei Aussagen gültige Antworten aufweisen. Die Aussagen korrelieren stark und decken die Werte Erfolgsstreben und Macht theoretisch und empirisch ab (vgl. Schwartz 1992).

Die individuellen Einstellungen, die unter dem Begriff politisches Verhalten summiert werden, umfassen Einstellungen zu politischer Partizipation, politischem Interesse, politischer Wirksamkeit und politischem Vertrauen. Länder- und Geschlechterdifferenzen geben dabei Rückschluss auf unterschiedliche politische Kulturen und zeigen, welche Rahmenbedingungen für Parität in der Politik gesetzt werden müssen.

10.1 Politische Partizipation

Die Vielfalt politischer Partizipationsformen übersteigt die bloße Reduzierung auf politische Ämter. Während nur ein kleiner Teil in politischen Parteien mitarbeitet, werden niederschwelligere Formen wie Unterschriftensammlungen, Produktboykotte oder Bürgerbegehren häufiger genutzt.

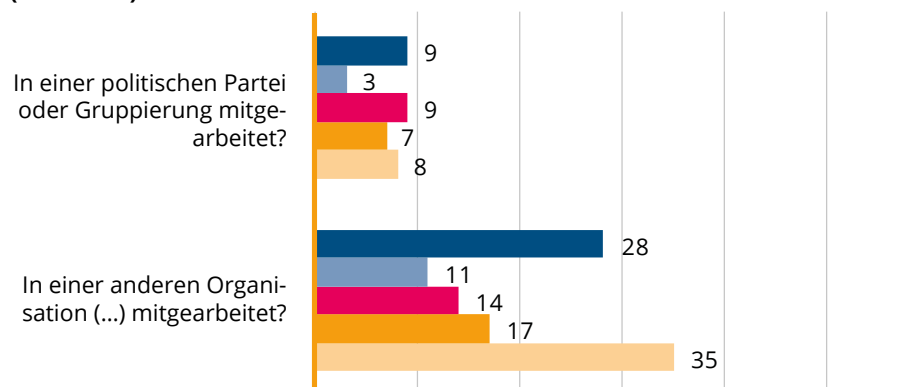
In Deutschland, Kroatien und Schweden gibt fast jede/r zehnte Befragte¹⁴ an, in den vergangenen zwölf Monaten in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet zu haben. Wird die Frage auf Organisationen insgesamt ausgeweitet, liegen Schweden (35 Prozent) und Deutschland (28 Prozent) vorn. Im Einklang mit den Ergebnissen aus dem vorherigen Kapitel liegt Italien sowohl bei der Mitarbeit in politischen als auch anderen Organisationen auf dem letzten Platz.

Zu den häufiger genutzten institutionalisierten politischen Partizipationsformen zählen Petitionen sowie Bürger- und Volksbegehren. So gibt in Polen jede zweite wahlberechtigte Person an, ein Bürger- oder Volksbegehren unterschrieben zu haben. In Schweden sagen 46 Prozent der Wahlberechtigten, sie haben sich zuletzt an einer Unterschriftensammlung beteiligt. Auch in allen anderen Ländern hat sich nach eigenen Angaben mindestens jede/r Fünfte in den vergangenen zwölf Monaten an einer Unterschriftensammlung oder einem Begehren beteiligt.¹⁵

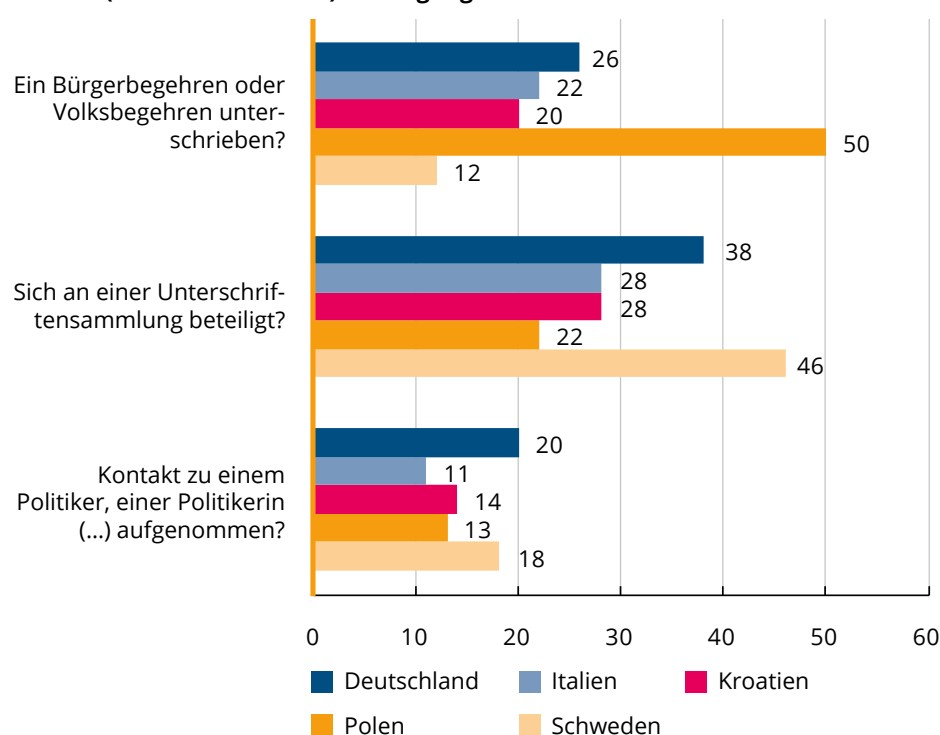
Eine weitere Möglichkeit, ein Anliegen an politische Entscheiderinnen und Entscheider heranzutragen, ist die direkte Kontaktaufnahme mit einem Politiker oder einer Politikerin. Diesen Weg haben in den letzten zwölf Monaten nach eigener Aussage zwischen 11 Prozent (Italien) und 20 Prozent (Deutschland) der Wahlberechtigten gewählt.

Abbildung 25: Anteil an Personen, die in den letzten zwölf Monaten in einer (politischen) Organisation mitgearbeitet oder weitere politische Beteiligungsformen genutzt haben

(Politische) Mitarbeit



Weitere (institutionalisierte) Beteiligungsformen

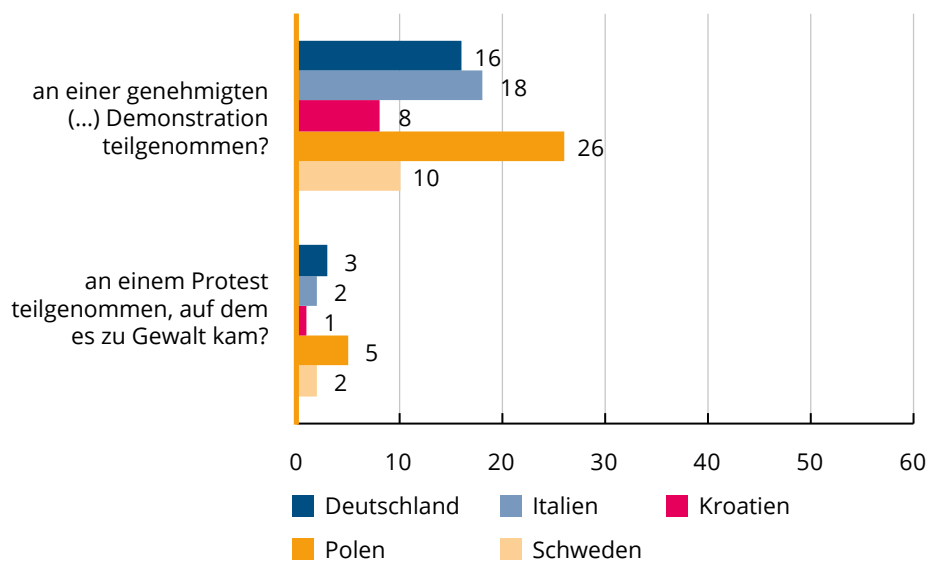


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nein“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in [Land] zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ...“

An einer Demonstration hat in Polen nach eigenen Angaben zuletzt jede/r Vierte teilgenommen, 5 Prozent geben zudem an, an einem Protest teilgenommen zu haben, auf dem es zu Gewalt kam. Das sind in unserer Umfrage jeweils die höchsten Werte im Vergleich zu den anderen untersuchten Ländern.

Abbildung 26: Anteil an Personen, die an Demonstrationen teilgenommen haben

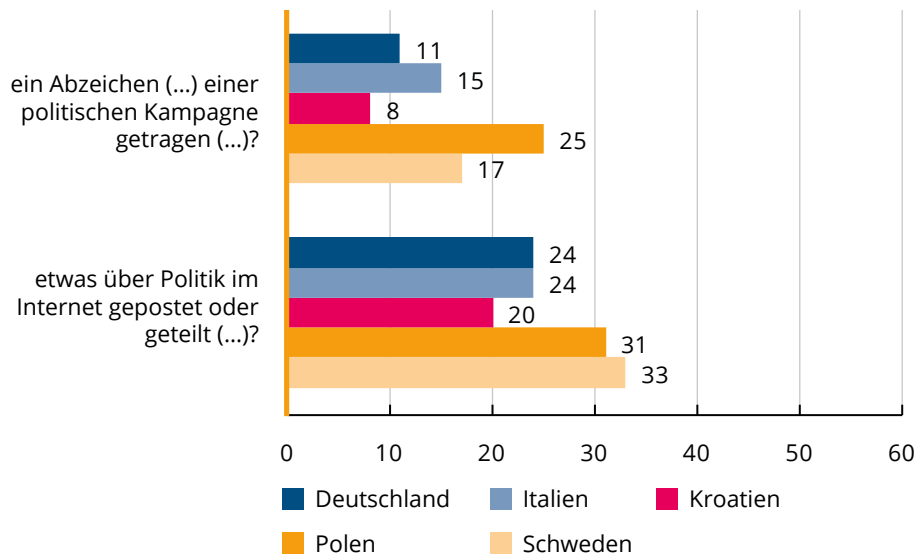


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nein“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in [Land] zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ...“

Je ein Drittel der schwedischen und polnischen Wahlberechtigten gibt an, innerhalb der letzten zwölf Monate das Internet genutzt zu haben, um etwas über Politik zu posten oder zu teilen. In Kroatien taten das nach eigener Aussage nur 20 Prozent. Das Tragen eines Abzeichens einer politischen Kampagne wurde in Polen am häufigsten angegeben (25 Prozent), in Kroatien dagegen besonders selten (8 Prozent).

Abbildung 27: Anteil an Personen, die Kampagnenabzeichen (offline) oder politische Inhalte (online) zeigen

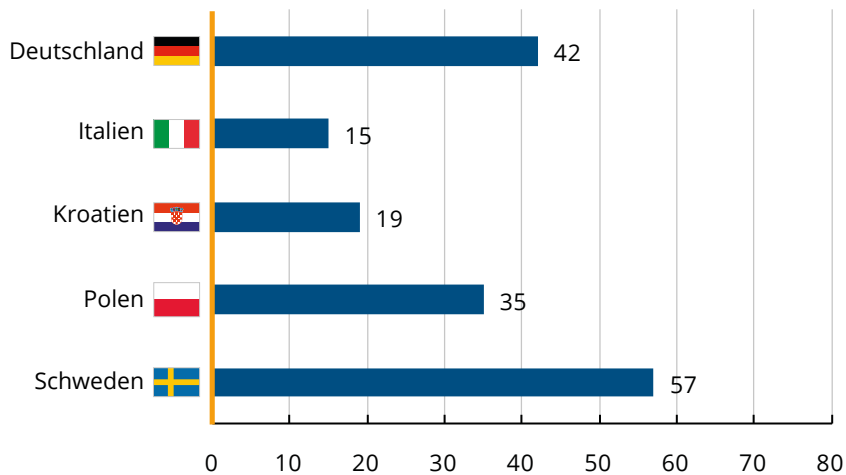


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nein“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in [Land] zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ...“

Der politisch motivierte Boykott von Produkten ist vor allem in Schweden eine häufig angegebene Form der politischen Auseinandersetzung – mehr als jede/r Zweite sagt, in den vergangenen zwölf Monaten ein Produkt boykottiert zu haben. Auch in Deutschland (42 Prozent) und Polen (35 Prozent) geben viele Wahlberechtigte an, bestimmte Produkte zu boykottieren. In Italien (15 Prozent) und Kroatien (19) wird dies dagegen seltener angegeben.

Abbildung 28: Anteil an Personen, die Produkte boykottieren



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „nein“, „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in [Land] zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten zwölf Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ...“

Wer partizipiert?

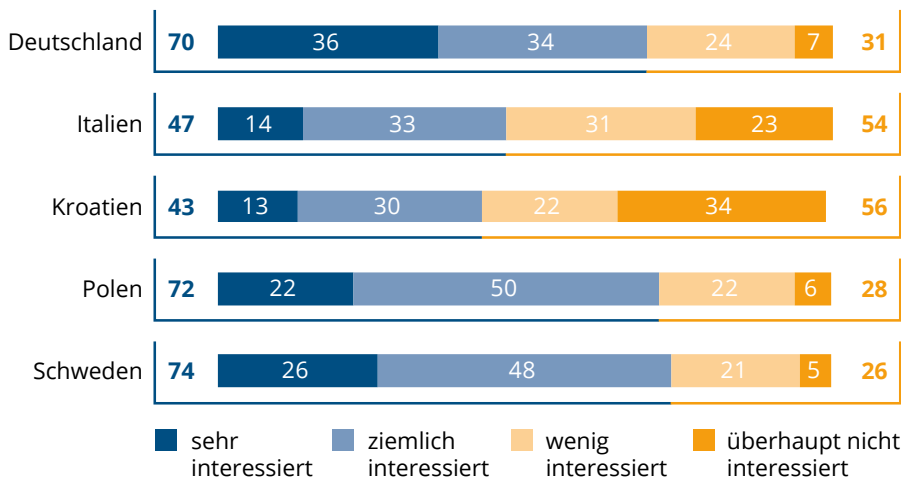
In allen fünf Ländern zeigen sich Muster, dass Menschen mit höherem formalen Bildungsabschluss und höherem politischen Interesse häufiger Partizipationsformen nutzen. In Deutschland, Italien und Kroatien sind zudem Männer häufiger in Parteien oder Organisationen aktiv und suchen öfter den Kontakt zu Politikerinnen und Politikern als Frauen. In Schweden nutzen Frauen häufiger als Männer ihre Rechte bei Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen. Produkte werden sowohl in Deutschland als auch in Schweden eher von Frauen als von Männern boykottiert.

Insgesamt zeigen sich jedoch bei der politischen Partizipation keine deutlichen Geschlechterunterschiede. Andere Studien kommen ebenfalls bereits seit den 1990er Jahren zu dem Schluss, dass Partizipation und Nicht-Partizipation primär von motivierenden Faktoren wie politischem Interesse, politischer Wirksamkeit oder Parteiidentifikation abhängen. Soziodemografische Faktoren wie zunehmendes Alter und zunehmender formaler Bildungsgrad zeigen hier zwar positive Effekte, diese fallen allerdings im Vergleich kleiner aus. Ein Geschlechterunterschied ist nach Einbezug dieser markanten Einflussgrößen nicht mehr sichtbar (vgl. Norris 1991). Die lange Zeit bestehende Vermutung, dass Frauen generell passiver und uninvoltierter im politischen Bereich sind (vgl. u. a. Lipset 1971, Rokkan 1970, Verba et al. 1980) gilt in der Wissenschaft seit den 1990ern als überholt (vgl. Norris 1991).

10.2 Politisches Interesse

Das politische Interesse ist in Deutschland, Polen und Schweden durchschnittlich hoch ausgeprägt, in Italien und Kroatien dagegen vergleichsweise gering. In Deutschland sind 70 Prozent der Befragten „sehr“ oder „ziemlich“ interessiert an Politik. In Polen ordnen sich 72 Prozent und in Schweden 75 Prozent diesen Kategorien zu. Der größte Anteil an sehr Interessierten findet sich allerdings in Deutschland (36 Prozent) gefolgt von Schweden (26 Prozent). In Italien und Kroatien gibt dagegen mehr als jede/r Zweite an, sich „wenig“ oder „überhaupt nicht“ für Politik zu interessieren.

Abbildung 29: Politisches Interesse nach Ländern



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Rundungsbedingt können Werte von über 100 Prozent entstehen.

Frage: „Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Sind Sie ...“

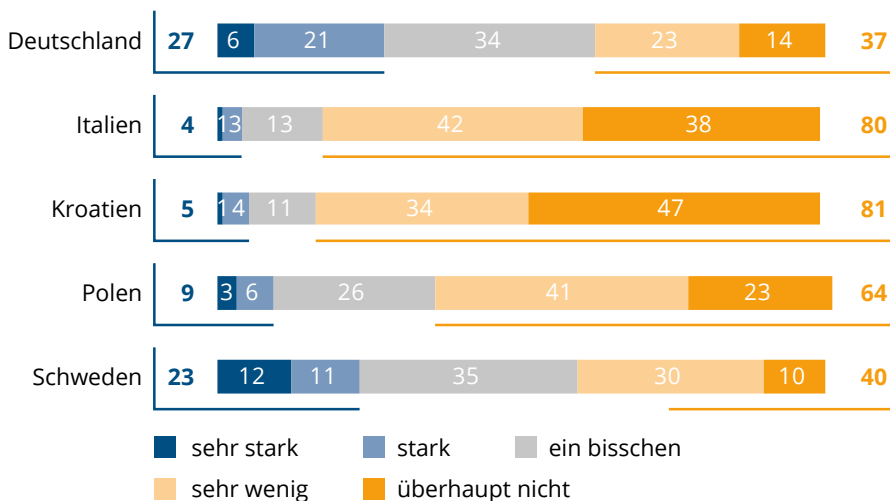
Männer interessieren sich durchschnittlich etwas stärker für Politik als Frauen. Der Geschlechterunterschied beträgt zwischen 6 (Schweden) und 17 Prozentpunkte (Italien). Studien legen nahe, dass die Differenz durch soziostrukturelle Ungleichheiten beeinflusst wird. So weisen Analysen seit 1989 darauf hin, dass sich die Differenz mit steigendem Bildungsniveau und Berufstätigkeit in fast allen europäischen Staaten deutlich verringert (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1991). Weitere Gründe könnten darin liegen, dass Frauen ihr politisches Interesse weniger selbstbewusst einstufen oder beim Gedanken an Politik primär an den (noch) männerdominierten politischen Betrieb und weniger an gesellschaftspolitische Bereiche denken (vgl. Wolak 2020; Fraile/Gomez 2017).

Hoffnung macht der Blick auf die Ergebnisse in Schweden und Deutschland: Hier verschwindet die Geschlechterdifferenz bei den 18- bis 35-Jährigen vollständig. Die Frauen liegen hier sogar jeweils mit einem Prozentpunkt ganz knapp vor den Männern. Einerseits könnten dies die Effekte gleichberechtigter Zugänge zu Bildung, Beruf und Politik widerspiegeln, die im Vergleich in Schweden und Deutschland am besten ausgebaut sein dürften (vgl. European Institute for Gender Equality 2022a). Ein positiver Zusammenhang zwischen hoher Geschlechtergerechtigkeit und einer sinkenden Geschlechterdifferenz beim politischen Interesse wird in der Wissenschaft schon länger vermutet (Fraile/Gomez 2017). Andererseits treten Frauen gerade ab 35 Jahren in eine Lebensphase ein, in der Zeitressourcen schwinden. Ungleiche familiäre Verpflichtungen oder berufliche Stellungen wirken sich negativ auf das politische Interesse aus und könnten die zunehmende Geschlechterdifferenz erklären (vgl. Burns et al. 2001, Schneider et al. 2019). Ob es sich also um einen neuen Generationeneffekt oder einen Lebenszykluseffekt handelt, ist unklar. Ein positiver Effekt steigender Geschlechtergerechtigkeit darf jedoch in beiden Fällen vermutet werden.

10.3 Politische Wirksamkeit

In Italien, Kroatien und Polen schätzt eine große Mehrheit die Möglichkeiten der eigenen Einflussnahme im politischen System als sehr geringfügig ein. Die Frage, „in welchem Maße das politische System Menschen wie Ihnen die Möglichkeit [gibt], Einfluss auf die Politik zu nehmen?“, misst dabei die gefühlte politische Wirksamkeit. In Deutschland und Schweden sind 27 bzw. 23 Prozent der Meinung, dass das politische System ihnen (sehr) stark die Möglichkeit gibt, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Weitere 34 bzw. 35 Prozent ordnen sich der Kategorie „ein bisschen“ zu. Die Wahlberechtigten in Polen (64 Prozent) und vor allem in Italien und Kroatien (80 bzw. 82 Prozent) sind dagegen mit großer Mehrheit der Meinung, dass Menschen wie sie sehr wenig oder überhaupt keine Möglichkeit haben, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Unterschiede nach Geschlecht finden sich nicht.

Abbildung 30: Einschätzung eigener Möglichkeit der Einflussnahme

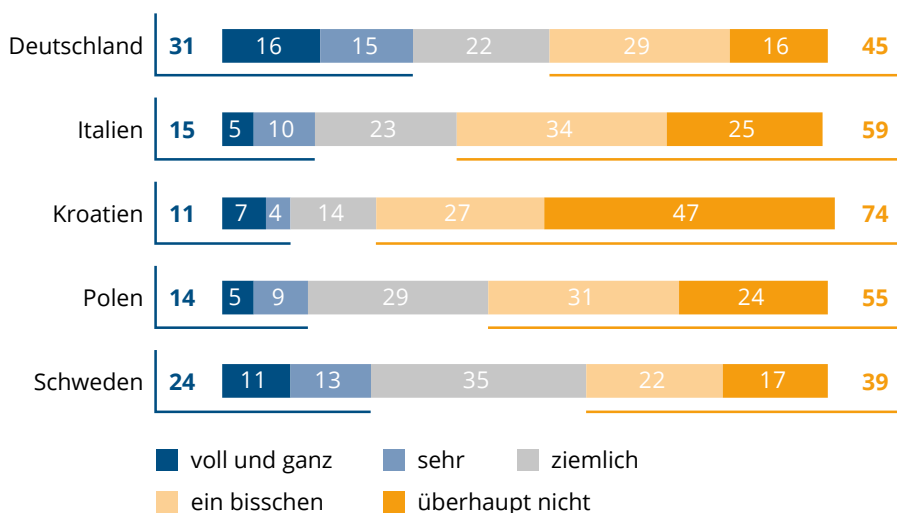


Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Rundungsbedingt können die Randsummenwerte abweichen.

Frage: „Aus Ihrer Sicht: In welchem Maße gibt das politische System in Deutschland Menschen wie Ihnen die Möglichkeit, Einfluss auf die Politik zu nehmen?“

Die eigene Wahrnehmung der politischen Wirksamkeit hängt eng mit dem Vertrauen in die eigenen politischen Fähigkeiten zusammen. Denn wer seinen Fähigkeiten vertraut, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, der nimmt die eigenen Einflussmöglichkeiten auf das politische System eher und selbstbewusster wahr. Entsprechend ähneln sich die Abbildungen 30 (Einschätzung der eigenen Möglichkeit der Einflussnahme) und die Abbildung 31 (Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur politischen Teilhabe) stark. In Deutschland und Schweden ist das Vertrauen am stärksten ausgeprägt, in Kroatien am schwächsten.

Abbildung 31: Vertrauen in eigene Fähigkeiten zur politischen Teilhabe



Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“. Rundungsbedingt können die Randsummenwerte abweichen.

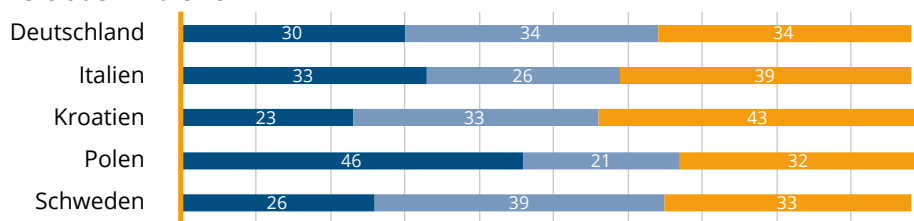
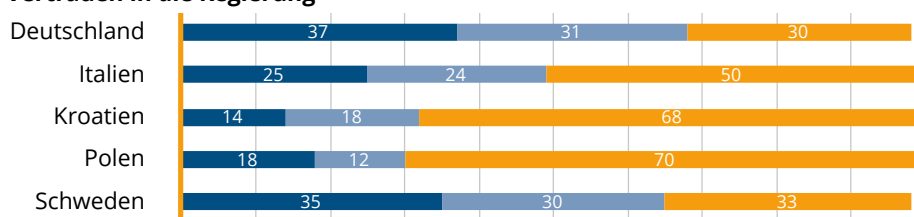
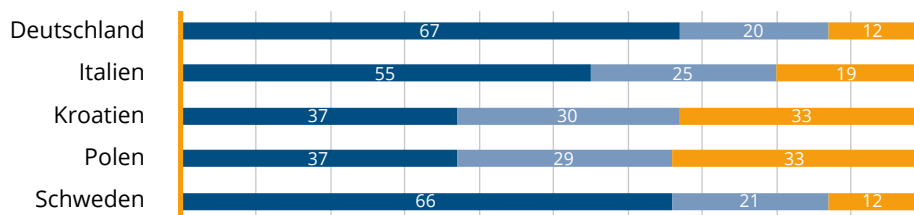
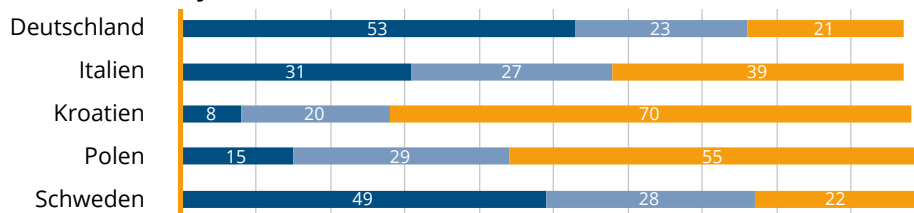
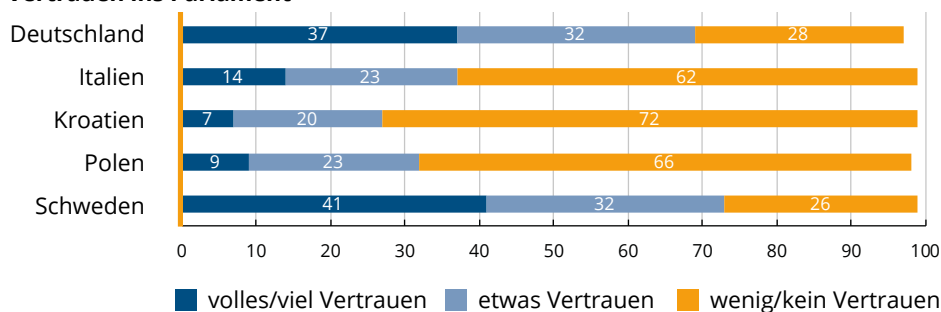
Frage: „Wie sehr vertrauen Sie Ihren eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen? Vertrauen Sie Ihren Fähigkeiten ...“

Anders als bei der Einschätzung der Einflussmöglichkeiten zeigen sich beim Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten systematische Geschlechterunterschiede: Frauen vertrauen ihren Fähigkeiten deutlich seltener „voll und ganz“ oder „sehr“. Der Geschlechterunterschied beträgt zwischen 6 (Polen) und 14 Prozentpunkten (Italien). Lediglich in Schweden findet sich kein solcher Unterschied. Analog zum Geschlechterunterschied beim politischen Interesse wurde die Einflussgröße „Selbstbewusstsein“ auch bei der Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz als wichtiger Faktor nachgewiesen – eine Charaktereigenschaft, die sich häufiger bei Männern als bei Frauen findet (vgl. Wolak 2020, Beyer/Bowden 1997).

10.4 Politisches Vertrauen

Keine Geschlechterunterschiede, aber deutliche Länderunterschiede gibt es beim Vertrauen in die politischen und staatlichen Institutionen. Nur das Vertrauen in die Europäische Union (EU) befindet sich in allen fünf Ländern auf einem vergleichbaren (hohen) Niveau. Dagegen fallen Italien, Kroatien und Polen beim Vertrauen in die eigene Regierung sowie in das nationale Parlament im Vergleich zu Deutschland und Schweden deutlich ab. Beim Vertrauen in die Justiz zeigen sich dieselben Ländereffekte, während die Unterschiede beim Vertrauen in die Polizei ebenfalls sichtbar sind, aber geringer ausfallen. Geschlechterunterschiede zeigen sich für das politische Institutionenvertrauen nicht.

Abbildung 32: Politisches Vertrauen

Vertrauen in die EU**Vertrauen in die Regierung****Vertrauen in die Polizei****Vertrauen in die Justiz****Vertrauen ins Parlament**

Quelle: Umfrage 1031 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2021/22. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

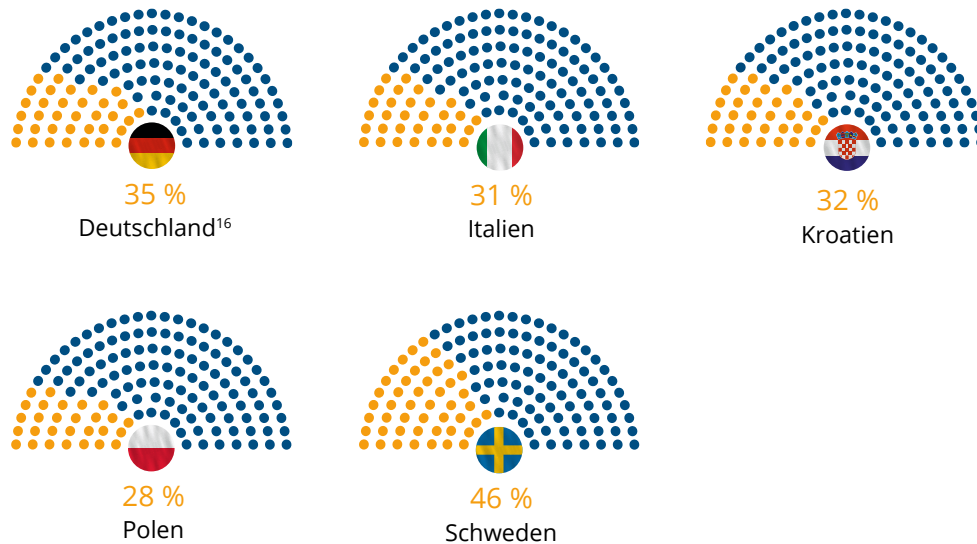
Frage: „Bitte sagen Sie mir zu jeder öffentlichen Einrichtung oder Personengruppe, die ich Ihnen nenne, wie sehr Sie persönlich jeder einzelnen davon vertrauen. Bitte schätzen Sie anhand der folgenden Abstufung ein: volles Vertrauen, viel Vertrauen, etwas Vertrauen, wenig Vertrauen, überhaupt kein Vertrauen. Wie ist das mit ...“

10.5 Frauen in die Politik – nur wie?

Ein Blick auf die Abbildung 33 zeigt: In den nationalen Parlamenten – dem sichtbarsten Ort politischer Repräsentation – sind Frauen unterrepräsentiert. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen im Einklang mit bestehender Forschung: Eine geschlechterspezifische männliche Affinität zu Politik oder eine weibliche Aversion ist dafür nicht der Grund. Frauen beteiligen sich ebenso häufig politisch wie Männer. Auch das politische Vertrauen und die Einschätzung der eigenen Möglichkeiten der Einflussnahme auf das politische System unterscheiden sich nicht. Geschlechterspezifisches Wahl- und insbesondere Nichtwahlverhalten spielt in der Forschung schon seit längerer Zeit keine Rolle mehr.

Zwei Geschlechterunterschiede halten sich jedoch in der politischen Verhaltensforschung hartnäckig: Frauen interessieren sich weniger stark für Politik und schätzen die eigenen Fähigkeiten, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, geringer ein. Beide Einflussgrößen gelten als wichtige Parameter für die politische Partizipation, beispielsweise für die Bewerbung auf politische Ämter. Für die Rahmenbedingungen für Parität in der Politik gibt dies wichtige Hinweise. Dort wo Frauen (noch) nicht das nötige Selbstbewusstsein besitzen, die eigenen Stärken und Interessen einzubringen, ist eine inklusive, weniger hierarchische und patriarchalische Kultur wichtig (vgl. Wolak 2020, Burns et al. 2001). Nur so können politische Talente gestärkt werden, statt sie zu verschrecken. So leidet beispielsweise Italien noch heute unter der Erbschaft des patriarchalen Systems, das Frauen lange Zeit vorwiegend eine Rolle in der privaten Sphäre zuwies und sich erst langsam für die Partizipation von Frauen öffnete (vgl. Guadagnini 1998: 230, Campus 2016). Veränderungen der kulturellen (Veränderung der Geschlechterrollen) und strukturellen Rahmenbedingungen (Vereinbarkeit mit Familie), die in Schweden bereits in den 1960/1970er Jahren angestoßen wurden (vgl. Bergqvist 1998), sind demnach wichtig. Einen Hinweis auf den positiven Einfluss einer stärkeren Geschlechtergerechtigkeit geben Deutschland und Schweden. Unter jungen Menschen zeigt sich hier kein Unterschied im politischen Interesse und in Schweden ist die Geschlechterdifferenz bei der Einschätzung der eigenen politischen Fähigkeiten bereits vollständig verschwunden. So kommt es nicht überraschend – auch hinsichtlich vieler weiterer Ergebnisse in dieser Studie –, dass der Anteil von Frauen im schwedischen Parlament mit 46 Prozent im Vergleich am höchsten ist.

Abbildung 33: Anteil von Frauen im nationalen Parlament



14 Verzerrungseffekte wie der Einfluss der sozialen Erwünschtheit im Antwortverhalten oder eine fehlende genauere Definition der Beteiligungsformen können hier sowie bei allen weiteren Partizipationsmöglichkeiten im Folgenden – auch mit Blick auf die hohen Werte – eher zu einer Überschätzung führen (overreporting).

15 In Schweden trifft dies nur für die Unterschriftensammlung, nicht aber für die Unterschrift für ein Bürger- oder Volksbegehren zu (12 Prozent). Insbesondere angesichts der hohen Werte gelten hier die Anmerkungen aus Fußnote 14.

16 Daten für alle Länder: Vgl. Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) 2022.



Fazit: Parität von Frauen in Gesellschaft und Politik

Die Studie beleuchtet das Thema Parität aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Es wird deutlich, dass die Diskriminierung von Frauen in europäischen Ländern als großes Problem wahrgenommen wird. Frauen, insbesondere junge Frauen, erleben Benachteiligungen aufgrund ihres Geschlechts und männliche Gewalt gegenüber Frauen wird immer noch als weit verbreitet empfunden.

Dennoch zeichnet sich für die Zukunft ein positiveres Bild. Zwar finden sich immer wieder Länderunterschiede, doch die Tendenzen sind in allen Ländern gleich: Politische Maßnahmen zum Erreichen der Geschlechtergerechtigkeit werden stark befürwortet und eine Mehrheit ist überzeugt, dass Geschlechtergerechtigkeit die wirtschaftliche Entwicklung fördert. Emanzipationsskeptische Aussagen finden nur vereinzelt stärkeren Zuspruch, wenngleich sich genderbasierte Vorurteile und alte Rollenbilder partiell halten. Viele Befunde der Studie können dabei nicht als Maß für die tatsächliche Verbreitung von Diskriminierung bzw. den Stand der Gleichberechtigung gelten, zeigen jedoch die Sensibilität und Wahrnehmung des Themas.

Frauen sind ähnlich erfolgsorientiert wie Männer, junge Frauen sogar durchschnittlich stärker, und ihnen werden wichtige gesellschaftliche Positionen zugetraut. Geschlechterunterschiede in der politischen Partizipation finden sich nicht, während systematische Differenzen im politischen Zutrauen und Interesse auf strukturelle Hürden hinweisen.

Der Weg zu politischer und gesellschaftlicher Parität von Frauen in Europa ist noch weit, doch die Bedingungen zur Umsetzung scheinen günstig. Die Benachteiligung von Frauen ist ein weithin anerkanntes Problem. Demzufolge werden politische Maßnahmen befürwortet.

Literatur

- A** Agentur der Europäischen Union für Grundrechte, 2014: Gewalt gegen Frauen: Eine EU-weite Erhebung, online unter: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2014-vaw-survey-at-a-glance-oct14_de.pdf (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Akkerman, Tjitske, 2015: Gender and the Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis of Policy Agendas. In: *Patterns of Prejudice*, 49: 1–2, 37–60, DOI: 10.1080/0031322X.2015.1023655 (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- B** Bergqvist, Christina, 1998: Frauen, Männer und die politische Repräsentation in Schweden. In: *Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa*, Hoecker, Beate (Hrsg.), Leske + Budrich, Opladen, 315–332.

Bericht der Europäischen Kommission, 2018: Barcelona-Ziele. Bericht der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder in Europa mit Blick auf die Verbesserung der Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben, die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und ein nachhaltiges und integratives Wachstum (die „Barcelona-Ziele“), online unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/bcn_objectives-report2018_web_de.pdf (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Beyer, Sylvia/Bowden, Edward M., 1997: Gender Differences in Self-Perceptions: Convergent Evidence from Three Measures of Accuracy and Bias. In: *Personality and Social Psychology Bulletin* 23(2): 157–72.

Burns, Nancy/Schlozman, Kay/Verba, Sidney, 2001: *The Private Roots of Public Action: Gender, Equality, and Political Participation*. Bibliovault OAI Repository, the University of Chicago Press.

- C** Campus, Donatella, 2016: Women in Politics. In: Jones, Erik/Pasquino, Gianfranco (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Italian Politics*, <https://doi.org/10.1093/oxfordhb/9780199669745.013.48> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- D** Denzinger, Ferdinand/Backes, Sabine/Job, Veronika/Brandstätter, Veronika, 2016: Age and gender differences in implicit motives. *Journal of Research in Personality*, Vol. 65, 52–61.

Dobrotić, Ivana, 2020: Kroatien in der Betreuungskrise. Blogbeitrag „Gerechtigkeitswoche“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter: <https://www.fes.de/iez/gerechtigkeitswoche-2017/artikel-in-gerechtigkeitswoche/kroatien-in-der-betreuungskrise-1> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- E** European Institute for Gender Equality, 2022a: Gender Equality Index 2022. The COVID-19 pandemic and care, online unter: <https://eige.europa.eu/publications/gender-equality-index-2022-covid-19-pandemic-and-care> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

European Institute for Gender Equality, 2022b: Gender Statistics Database. Largest listed companies: presidents, board members and employee representatives, online unter: https://eige.europa.eu/gender-statistics/dgs/indicator/wmidm_bus_bus_wmid_comp_compbm/bar/year:2022-B1 (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Eurostat, 2016: 2016 EU-SILC MODULE „Access to services“, online unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/1012329/8088300/LC+221-18+EN+Module+2016+assessment.pdf/82b23b36-9e04-4905-ab74-9a07f1223637> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Eurostat, 2022: Datenbank der Europäischen Kommission, online unter: <https://ec.europa.eu/eurostat/web/main> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- F** Fraile Marta/Gomez, Raul, 2017: Bridging the enduring gender gap in political interest in Europe: The relevance of promoting gender equality. In: European Journal of Political Research 56: 601–618, <https://doi.org/10.1111/1475-6765.12200> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- G** Guadagnini, Marila, 1998: Die politische Repräsentation von Frauen in Italien: eine noch immer unvollendete Demokratie. In: Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa, Hoecker, Beate (Hrsg.), Leske + Budrich, Opladen, 211–232.

- J** Jezierska, Katarzana/Towns, Ann, 2018: Taming feminism? The place of gender equality in the ‘Progressive Sweden’ brand. Place Brand Public Dipl. 14, 55–63, <https://doi.org/10.1057/s41254-017-0091-5> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

- K** Kantar Public Flash Eurobarometer, 2019: Kantar Public Flash Eurobarometer 470. Elternzeit: Neue EU-Regeln für eine gleichberechtigte Kinderbetreuung, online unter: <https://www.expat-news.com/recht-steuern-im-ausland/elternzeit-neue-eu-regeln-fuer-eine-gleichberechtigte-kinderbetreuung-37221> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Kommission der Europäischen Gemeinschaft, 1991: Frauen und Männer im Europa der Gegenwart. Ihre Einstellung zu Europa und zur Politik (Nr. 35), Brüssel.

- L** Lipset, Seymour M., 1971: Political Man, London: Heinemann.

- N** Norris, Pippa, 1991: Gender Differences in Political Participation in Britain: Traditional, Radical and Revisionist Models. Government and Opposition, 26(1), 56–74.

Norris, Pippa/Inglehart, Ronald, 2019: Cultural Backlash. Trump, Brexit, and Authoritarian Populism. Cambridge: Cambridge University Press.

- O** Off, Gefjon, 2022: Gender equality salience, backlash and radical right voting in the gender-equal context of Sweden. *West European Politics*, DOI: 10.1080/01402382.2022.2084986 (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).
- R** Rokkan, Stein, 1970: *Citizens, Elections, Parties. Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*, Oslo: Universitetsforlaget.
- Rooduijn, Matthijs/Van Kessel, Stijn/Froio, Caterina/Pirro, Andrea/De Lange, Sarah/Halikiopoulou, Daphne/Lewis, Paul/Mudde, Cas/Taggart, Paul, 2019: *The PopuList: An Overview of Populist, Far Right, Far Left and Eurosceptic Parties in Europe*, online unter: www.popu-list.org (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).
- S** Sardinha, Lynnmarie/Maheu-Giroux, Mathieu/Stöckl, Heidi/Meyer, Sarah R./García-Moreno, Claudia, 2022: Global, regional, and national prevalence estimates of physical or sexual, or both, intimate partner violence against women in 2018. *The Lancet*, Vol. 399, Issue 10327, 803–813.
- Schneider, Norbert/Sulak, Harun/Panova, Ralina, 2019: *Was kommt nach der Rush-hour? Lebenslagen und Lebensverläufe von Frauen und Männern in der Lebensmitte*. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Sankt Augustin/Berlin.
- Schnell, Rainer/Hill, Paul B./Esser, Elke, 2005: *Methoden der empirischen Sozialforschung*. 7., völlig überarb. und erw. Auflage. München, Wien: Oldenbourg Verlag.
- Schwartz, Shalom H., 1992: Universals in the content and structure of values: Theoretical advances and empirical tests in 20 countries. In: Zanna, Mark (Hrsg.): *Advances in experimental social psychology*, Vol. 25, 1–65.
- Schwartz, Shalom H., 2003: A proposal for measuring value orientations across nations. In: *Questionnaire Development Package of the European Social Survey*, 259–319.
- Ombudsperson for Sex Equality of the Republic of Croatia, 2017: *Work or Family? The role and importance of work-family policies*, online unter: <https://www.bib.irb.hr/896527> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2020: *Gender Pay Gap 2019: Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen erstmals unter 20 %* am 08.12.2020, online unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_484_621.html (zuletzt abgerufen am 24.11.2022).
- Statistisches Bundesamt, 2021: *Statistiken der Kinder- und Jugendhilfe. Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege* am 01.03.2021, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Kindertagesbetreuung/Publikationen/Downloads-Kindertagesbetreuung/tageseinrichtungen-kindertagespflege-5225402217004.pdf?__blob=publicationFile (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Süddeutsche Zeitung, 2022: EU plant Frauenquote in Vorständen und Aufsichtsräten. Artikel vom 07.06.2022, online unter: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/eu-frauenquote-aufsichtsrat-vorstand-1.5599163#:~:text=%22Nach%20Sch%C3%A4tzungen%20des%20Europ%C3%A4ischen%20Instituts,die%20als%20Chefverhandlerin%20beteiligte%20Sozialdemokratin> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

Suhr, Frauke, 2021: Mehr Männer nehmen Elternzeit - zumindest kurz, online unter: <https://de.statista.com/infografik/24835/anteil-der-vaeter-in-deutschland-die-elterngeld-beziehen/> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

T The Local SE, 2017: Dads in Sweden took more paternity leave than ever in 2017, online unter: <https://www.thelocal.se/20180117/dads-in-sweden-took-more-paternity-leave-in-2017> (zuletzt abgerufen am 08.11.2022).

V Verba, Sidney/Nie, Norman/Kim, Jae, 1980: Participation and Political Equality, Cambridge, Cambridge University Press.

Veroff, Joseph/Reuman, David/Feld, Sheila, 1984: Motives in American men and women across the adult life span. *Developmental Psychology*, 20(6), 1142–1158.

W Wolak, Jennifer, 2020: Self-Confidence and Gender Gaps in Political Interest, Attention, and Efficacy. *The Journal of Politics*, Vol. 82(4).

Der Autor

Dominik Hirndorf (M.A., M.Sc.) studierte Staats-, Politik- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Passau, Konstanz und Göteborg. Anschließend war er am *Varieties of Democracy (V-Dem) Institute* an der Universität Göteborg tätig. Seit Juni 2020 ist er Referent für Wahl- und Sozialforschung in der Hauptabteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dominik Hirndorf

Wahl- und Sozialforschung

Analyse und Beratung

T: +49 30 / 26 996-3858

dominik.hirndorf@kas.de

Postanschrift:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

10907 Berlin



Die Rolle der Frau bleibt auch im 21. Jahrhundert ein vieldiskutiertes gesellschafts-politisches Thema in Europa, denn der Weg von der rechtlichen Gleichstellung zu gesellschaftlicher Parität ist weit. Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern finden sich weiterhin in Bereichen wie Arbeit, Bildung, Gesundheit, Macht, Geld oder Zeiteinsatz. Doch worin liegen diese Unterschiede begründet? Wie ist die Wahrnehmung der Menschen rund um das Thema Geschlechtergerechtigkeit in Europa? Die Konrad-Adenauer-Stiftung widmet sich diesen Fragen in europäisch vergleichender Perspektive. In einer repräsentativen Umfrage wurden Einstellungen zur Repräsentation und Partizipation von Frauen in Deutschland, Italien, Kroatien, Polen und Schweden untersucht. Die Ergebnisse zeigen den Blickwinkel von verschiedenen nationalstaatlichen Bevölkerungen auf das Thema Geschlechtergerechtigkeit und ermöglichen somit Einordnungen, Vergleiche und Schlussfolgerungen zur Stärkung der Rolle der Frau in Politik und Gesellschaft.